

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1982

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Neues Kommunalwahlrecht	151	Ein Mehrstimmenwahlrecht nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundene Listenwahl räumt dem rheinland-pfälzischen Wähler künftig größeren Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Vertretungskörperschaften ein.
Verschuldung der Kommunen	156	Umfang und Tempo der seit Jahren steigenden Verschuldung sind bei den Gebietskörperschaften unterschiedlich.
Bedeutung des Außenhandels	161	Die Industrie in Rheinland-Pfalz erzielte in den letzten Jahren bei wachsenden Auslandsumsätzen die höchste Exportquote im Bundesgebiet.
Krankenhausbedarfsplanung	169	Ziel der Krankenhausbedarfsplanung ist es, die Krankenhausversorgung des Landes mit einem System einander ergänzender, miteinander kooperierender Krankenhäuser mit unterschiedlicher Größe und Aufgabenstellung sicherzustellen.
Programmwartung in der Krankenhausautomation	172	Die seit über zehn Jahren bewährte Bund/Länder-Zusammenarbeit zur Entwicklung von Automationsverfahren für Krankenhäuser besteht seit 1976 auch für die Programmpflege. Dadurch konnten die Verfahren einheitlich erhalten und Kosten eingespart werden.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Neues Kommunalwahlrecht

Die nächsten Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz werden nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Listenwahl durchgeführt mit Ausnahme der Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz. Jedem Wähler stehen eine Listenstimme und sechs Personenstimmen zur Verfügung. Während die Listenstimme dem Wähler die Entscheidung für die Partei oder Wählergruppe, deren Programm er unterstützen will, ermöglicht, kann er mit der Abgabe von kumulierbaren Personenstimmen einzelne Bewerber des Wahlvorschlags begünstigen und so deren Chance, in die Vertretungskörperschaft einzuziehen, erhöhen.

Inwieweit bei der Sitzverteilung die Grundsätze der Personenwahl bzw. der Listenwahl zum Zuge kommen, bestimmt sich nach dem Verhältnis der Stimmen, die für die Liste einerseits (Stimmzettel ohne Abgabe von mindestens einer Personenstimme) und für die Gesamtheit der einzelnen Bewerber andererseits (Stimmzettel mit Abgabe von mindestens einer Personenstimme) abgegeben worden sind. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 151

Kommunen haben 6,5 Mrd. DM Schulden

Die Schulden der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich am Jahresende 1981 auf 6,5 Mrd. DM, zusammen mit den Schulden der kommunalen Krankenanstalten auf 6,9 Mrd. DM. Das sind 6,5% mehr als ein Jahr zuvor. Gegenüber 1970 (3,2 Mrd. DM) errechnet sich eine Steigerungsrate von 114%, bei den Kommunen der übrigen Flächenländer von 157%.

Im Jahre 1981 entfielen knapp 44% der kommunalen Schulden auf die kreisfreien Städte und 15% auf die Landkreise. Der Anteil der Verbandsgemeinden und kreisangehörigen Gemeinden betrug 14% bzw. 27%.

Die landesdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Krankenhausschulden) erreichte zum Jahresende 1981 einen Betrag von 1 780 DM. Mit 2 900 DM liegen die kreisfreien Städte deutlich über diesem Durchschnittswert. Die Schulden der Landkreise, Verbandsgemeinden und kreisangehörigen Gemeinden zusammen machten 1 360 DM je Einwohner aus. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 156

Saisonüblicher Rückgang der Auftragseingänge im April

Bei der Industrie und im Handwerk von Rheinland-Pfalz war der saisonübliche Rückgang der Nachfrage im April 1982 mit einem Minus von 14% gegenüber dem Vormonat stärker ausgeprägt als in den vergangenen Jahren. Im Vergleich zu April 1981 nahm die Bestelltätigkeit dagegen trotz schwacher Inlandsorder (— 3,5%) aufgrund der deutlich gestiegenen Auslandsnachfrage (+ 10,6%) um 1,8% zu.

Positiv ausgewirkt hat sich hierbei insbesondere die günstige Auftragsentwicklung in der Elektrotechnik (+ 16%), dem Straßenfahrzeugbau (+ 12%), der Herstellung von EBM-Waren (+ 4,4%) und in der chemischen Industrie (+ 3%). fn

Ein Drittel der Industrieumsätze im Auslandsgeschäft erzielt

Trotz der schwachen Binnenkonjunktur setzte die rheinland-pfälzische Industrie im Jahre 1981 rund 7% mehr um als im Jahr zuvor. Diese Entwicklung ist auf die gestiegenen Auslandsumsätze zurückzuführen. Die Exportquote erhöhte sich von 30 auf 35%. Im Bundesgebiet entfällt ein Viertel der Industrieumsätze auf das Auslandsgeschäft. Die starke Verflechtung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit den Auslandsmärkten hat sich vor allem in den 70er Jahren entwickelt. 1971 hatte die Exportquote noch 21% betragen.

Zwischen Betriebsgröße und Exportneigung besteht ein enger Zusammenhang. Die 39 rheinland-pfälzischen Industriebetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten vereinigen drei Viertel des gesamten Auslandsumsatzes auf sich. Die 1 600 Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten waren nur mit 1,6% am Auslandsgeschäft beteiligt. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 161

Günstige Produktionsentwicklung im Maschinenbau

Die günstige Produktionsentwicklung im rheinland-pfälzischen Maschinenbau (einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen) hat sich im Mai 1982 weiter fortgesetzt. Sowohl im Vergleich zum Vormonat (+ 12,8%) als auch zum Mai 1981 (+ 10,7%) nahm der Ausstoß beachtlich zu.

Die positive Entwicklung in dieser Branche wird hauptsächlich von der Auslandsnachfrage getragen. Während die Auftragseingänge in der Zeit von Januar bis Mai 1982 um 7% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lagen, nahmen die Auslandsbestellungen um 23% zu. Die Gesamtumsätze der Branche stiegen gleichzeitig um 8%, die Exportumsätze um 20%.

Die gesamte Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lag im Mai noch um 0,9% unter dem Aprilergebnis. fn

Stundenverdienst der Industriearbeiter 14,52 DM

Im April 1982 hatten die Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 14,52 DM brutto in der Stunde. Das sind 6,1% mehr als 1981. Die Stundenlöhne der Männer betrugen 15,28 DM, die der Frauen 10,97 DM. Kaufmännische Industrieangestellte verdienten 3 271 DM im Monat, technische Angestellte 3 913 DM. Das entspricht einer Zunahme gegenüber 1981 von 6,5% beziehungsweise 6,4%.

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe verdienten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 2 984 DM (+ 4,6%), ihre Kolleginnen 2 030 DM (+ 6,2%). ze

Krankenhausbedarfsplanung

Rheinland-Pfalz ist nach § 6 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) in Verbindung mit § 3 des Landesgesetzes zur Reform des Krankenhauswesens in Rheinland-Pfalz (KRG) verpflichtet, Krankenhausbedarfspläne aufzustellen. In diesem Plan sind alle Krankenhäuser, die zur Versorgung der Bevölkerung benötigt werden, in Übereinstimmung mit der Landesentwicklungsplanung, insbesondere der Anlehnung an das Netz der zentralen Orte, in ein bedarfsgerechtes und abgestuftes System einzuordnen. Fachliche und organisatorische Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen. In dem Landeskrankenhausplan ist ferner die jeweils bestehende und künftige Aufgabenstellung jedes Krankenhauses mit der Zahl der Krankenhausbetten und ihre Aufteilung auf die einzelnen Fachabteilungen anzugeben.

Abgestellt auf den Unterbau der vorhandenen Strukturen ist es das Ziel der Planung, die Krankenhausversorgung mit einem System einander ergänzender, miteinander kooperierender Krankenhäuser mit unterschiedlicher Größe und Aufgabenstellung sicherzustellen.

Mehr über dieses Thema auf Seite 169

Kooperative Programmwartung in der Krankenhausautomation

Seit Anfang der 70er Jahre ist eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ damit befaßt, die Krankenhausverwaltung und den medizinischen Bereich auf mögliche Gemeinschafts-DV-Projekte hin zu untersuchen. Zunächst war die bundesweite Kooperation auf die Verfahrensentwicklung und -erprobung beschränkt. 1976 wurde sie auf die Verfahrens- und Programmpflege ausgedehnt. Seitdem konnten die elf Beteiligten an der ZVP („Zentrale Verfahrens- und Programmpflege“) wertvolle Kooperationserfahrungen sammeln. Die bisherige Bilanz ist positiv. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 172

32 künftige Professoren

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1981 insgesamt 32 Habilitationsverfahren abgeschlossen, 19 an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, sechs an der Universität in Trier, fünf an der Universität Kaiserslautern und zwei an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Unter den künftigen Professoren befand sich ein Ausländer; Frauen waren nicht vertreten.

Das Durchschnittsalter der Habilitanden betrug 39 Jahre. Der Jüngste war 32 Jahre, der Älteste 50.

Neun erhielten die Lehrbefugnis für Humanmedizin, jeweils drei für Psychologie und Physik. we

Zwei von fünf Studenten sind Frauen

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz (ohne Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen) sind im Sommersemester 1982 insgesamt 47 322 Studenten (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten) eingeschrieben. Dies sind rund 5 300 Studenten mehr (+ 12,6%) als im Sommersemester 1981. Der Anteil der Frauen beträgt 40%. Jeder 20. Student ist Ausländer.

Gut zwei Drittel der Studenten haben sich an einer der drei Universitäten des Landes immatrikuliert. Hier erhöhte sich die Zahl der Studenten gegenüber dem Sommersemester 1981 um 10,2% auf 32 139. Auch an den anderen Hochschulen des Landes sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum Zunahmen zu verzeichnen. Der überdurchschnittlich hohe Zuwachs bei den Verwaltungsfachhochschulen (+ 89%), die die Anwärter für den gehobenen öffentlichen Dienst ausbilden, ist darauf zurückzuführen, daß diese Hochschulen noch im Aufbau sind, und daß die Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben im Sommersemester 1981 noch nicht in die Studentenstatistik einbezogen war.

Im Sommersemester 1982 haben 1 796 Studenten ihr Studium begonnen, darunter 745 (41,5%) Frauen. Von den Erstimmatrikulierten sind 10,3% Ausländer. we

Stickstoffverbrauch mehr als verdreifacht

Getreide und Zuckerrüben bringen einen um 50% höheren Ertrag als vor 30 Jahren. Entscheidend hierfür ist neben den Fortschritten in der Pflanzenzüchtung der für das Wachstum besonders notwendige Stickstoff. Im Landwirtschaftsjahr 1980/81 wurden davon in Rheinland-Pfalz durchschnittlich rund 100 kg je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche aufgewendet. Das ist gut dreimal so viel wie in der Vorkriegszeit. Im gesamten Bundesgebiet liegt der Verbrauch heute sogar bei 127 kg je Hektar. lx

Weniger Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Bei der Lagerung oder beim Transport wassergefährdender Stoffe ereigneten sich 1981 in Rheinland-Pfalz 58 Unfälle gegenüber 80 im Jahr zuvor.

Bei 35 Unfällen wurde Boden verunreinigt, in 24 Fällen flossen wassergefährdende Stoffe, hauptsächlich Mineralöle oder Mineralölprodukte, in Gewässer. Die Bemühungen der Rückgewinnung der gefährdenden Stoffe waren erfolgreicher als in den Jahren zuvor.

Meist führten technische Ursachen, aber auch menschliches Versagen, zu diesen Unfällen. sr

Das neue Kommunalwahlrecht in Rheinland-Pfalz

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat am 9. Juli 1982 das Vierzehnte Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes verabschiedet. Wesentliche Neuerung ist die Umgestaltung des Wahlsystems bei Verhältniswahl im Sinne einer mit Personenwahl verbundenen Listenwahl. Das neue Wahlverfahren gilt bei den Wahlen zu den Vertretungskörperschaften der Ortsgemeinden, der Verbandsgemeinden, der verbandsfreien Gemeinden, der kreisangehörigen Städte, der Landkreise und der kreisfreien Städte, nicht dagegen für die Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz. Wegen der tiefgreifenden Änderungen bei der Stimmabgabe und Sitzverteilung wird das neue System in seinen Grundzügen dargestellt.

Abkehr von der Verhältniswahl mit starren Listen

Das bislang in Rheinland-Pfalz geltende Kommunalwahlrecht war - abgesehen von den Fällen der Mehrheitswahl - grundsätzlich als Verhältniswahlrecht mit starren Listen ausgestaltet und gab daher dem Wähler nur die Möglichkeit, eine Liste unverändert zu wählen oder sie abzulehnen. Er hatte somit auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Vertretungskörperschaft nur begrenzten Einfluß. Die Bewerber und ihre Reihenfolge waren mit der Aufstellung der Wahlvorschläge durch die Parteien und Wählergruppen bereits im voraus maßgeblich festgelegt. Bei der Aufstellung ihrer Wahlvorschläge waren die Parteien bestrebt, regionale und personelle Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Künftig mit Personenwahl verbundene Listenwahl

Nach dem neuen Kommunalwahlrecht werden die Ratsmitglieder nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt. Die Neuregelung verfolgt das Ziel, die Vorzüge von reiner Verhältniswahl und Personenwahl zu vereinigen und ihre Nachteile soweit möglich auszuschalten. Dem trägt die Unterscheidung von Listen- und Personenstimmen Rechnung. Während die Listenstimmen den Wählern die Entscheidung für die Partei oder Wählergruppe, deren Programm sie unterstützen wollen, ermöglichen, können sie mit der Abgabe von kumulierbaren Personenstimmen einzelne Bewerber des Wahlvorschlages begünstigen und so deren Chancen, in die Vertretungskörperschaft einzuziehen, erhöhen. Ein proportionales innerparteiliches Verfahren der Sitzverteilung nach dem Anteil der Listen- und Personenwahl verhindert die Majorisierung der Listenwähler durch eine kumulierende Minderheit.

Wird nur ein oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so wird die Wahl wie bisher nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber durchgeführt.

Eine Listenstimme und sechs Personenstimmen für jeden Wähler

Die maßgeblichen Bestimmungen für die Stimmabgabe bei Verhältniswahl finden sich in § 33 des Kommunalwahlgesetzes. Hiernach hat jeder Wähler

- (1) eine Listenstimme zur Kennzeichnung des Vorschlags der Partei oder Wählergruppe, die er wählen will, und
- (2) sechs Personenstimmen zur Kennzeichnung von Bewerbern dieses Wahlvorschlags, die er bei der Zuteilung der Sitze begünstigen will.

Verschiedene Möglichkeiten der Stimmabgabe

Der Wähler gibt seine Listenstimme für eine Partei oder Wählergruppe ab, indem er den Wahlvorschlag in seiner Kopfleiste ankreuzt oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht. Vergibt er daneben keine Personenstimmen, so hat er den Wahlvorschlag unverändert angenommen. Die Stimmabgabe wird beim innerparteilichen Zuteilungsverfahren der Sitze der Listenwahl zugeordnet.

Eine unveränderte Annahme des Wahlvorschlages liegt dagegen nicht vor, wenn der Wähler neben der Listenstimme einem oder mehreren Bewerbern Personenstimmen gegeben hat. Er kann hierbei ohne Bindung an die Reihenfolge bis zu sechs Bewerber kennzeichnen oder auch einem Bewerber bis zu drei Personenstimmen geben. Hat der Wähler einem Bewerber mehr als drei Personenstimmen gegeben, so gelten nur drei als auf den Bewerber abgegeben. Bei der Abgabe der Personenstimmen kann der Wähler nur Bewerber berücksichtigen, die auf dem Stimmzettel aufgeführt sind. Jeder Wahlvorschlag kann höchstens so viel Bewerber aufführen wie Ratsmitglieder zu wählen sind.

Hat der Wähler keine Liste gekennzeichnet, so gilt die Listenstimme für den Wahlvorschlag abgegeben, in dem er wenigstens einem Bewerber eine Personenstimme vergeben hat.

Ungültig ist die Stimmabgabe, wenn der Wähler mehr als eine Liste gekennzeichnet hat. Hat der Wähler mehr als sechs Personenstimmen vergeben oder Bewerber mehrerer Wahlvorschläge gekennzeichnet, so ist die Abgabe der Personenstimmen ungültig.

Beispiele für die Stimmabgabe

Beispiel 1:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input type="checkbox"/>
1. Roth, Hans		1. Dr. Bayer, Horst	
2. Möbus, Wilhelm		2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl		3. Lokies, Gertrud	
4. Haack, Dieter		4. Liermann, Otto	
5. Schletz, Renate		5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat den Wahlvorschlag 1 in der Kopfleiste gekennzeichnet. Er hat auf die Abgabe von Personenstimmen verzichtet und sich damit für die Liste (Listenwahl) entschieden.

Beispiel 2:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input type="checkbox"/>
1. Roth, Hans		1. Dr. Bayer, Horst	
2. Möbus, Wilhelm	<input checked="" type="checkbox"/>	2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl	<input checked="" type="checkbox"/>	3. Lokies, Gertrud	
4. Haack, Dieter	<input checked="" type="checkbox"/>	4. Liermann, Otto	
5. Schletz, Renate	<input checked="" type="checkbox"/>	5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat neben der Listenstimme sechs Personenstimmen vergeben. Er hat sich für die Gesamtheit der Bewerber (Personenwahl) entschieden.

Beispiel 3:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input type="checkbox"/>
1. Roth, Hans		1. Dr. Bayer, Horst	
2. Möbus, Wilhelm	3	2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl		3. Lokies, Gertrud	
4. Haack, Dieter	1	4. Liermann, Otto	
5. Schletz, Renate	2	5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat Ziffern zur Kennzeichnung der Bewerber verwendet. Die Wahlentscheidung entspricht Beispiel 2.

Beispiel 4:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input type="checkbox"/>
1. Roth, Hans	<input checked="" type="checkbox"/>	1. Dr. Bayer, Horst	
2. Möbus, Wilhelm		2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl	<input checked="" type="checkbox"/>	3. Lokies, Gertrud	
4. Haack, Dieter	<input checked="" type="checkbox"/>	4. Liermann, Otto	
5. Schletz, Renate	<input checked="" type="checkbox"/>	5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat keine Listenstimme, aber sechs Personenstimmen vergeben. Er hat sich damit für die Gesamtheit der Bewerber (Personenwahl) entschieden. Die Listenstimme gilt für den Wahlvorschlag 1 abgegeben.

Beispiel 5:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>
1. Roth, Hans		1. Dr. Bayer, Horst	<input checked="" type="checkbox"/>
2. Möbus, Wilhelm		2. Zuleeg, Fritz	<input checked="" type="checkbox"/>
3. Sand, Karl		3. Lokies, Gertrud	<input checked="" type="checkbox"/>
4. Haack, Dieter		4. Liermann, Otto	<input checked="" type="checkbox"/>
5. Schletz, Renate		5. Wagner, Siegfried	<input checked="" type="checkbox"/>
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat neben der Listenstimme aber sieben Personenstimmen, d. h. eine Personenstimme mehr als ihm zur Verfügung steht, abgegeben. Die Abgabe der Personenstimmen wird damit ungültig. Der Stimmzettel wird behandelt, als ob er nur in der Kopfleiste gekennzeichnet wäre.

Beispiel 6:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>
1. Roth, Hans		1. Dr. Bayer, Horst	
2. Möbus, Wilhelm		2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl		3. Lokies, Gertrud	
4. Haack, Dieter		4. Liermann, Otto	
5. Schletz, Renate		5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist ungültig, da der Wähler mehr als eine Liste gekennzeichnet hat.

Beispiel 7:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input checked="" type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input type="checkbox"/>
1. Roth, Hans		1. Dr. Bayer, Horst	
2. Möbus, Wilhelm	<input checked="" type="checkbox"/>	2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl	<input checked="" type="checkbox"/>	3. Lokies, Gertrud	<input checked="" type="checkbox"/>
4. Haack, Dieter		4. Liermann, Otto	<input checked="" type="checkbox"/>
5. Schletz, Renate	<input checked="" type="checkbox"/>	5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist gültig, weil sich der Gesetzgeber in diesem Fall (§ 36 a Abs. 2 Satz 1 KWG) für den Vorrang der Listenstimmvergabe entschieden hat. Der Wähler hat die Listenstimme und sechs Personenstimmen vergeben. Weil aber Bewerber mehrerer Wahlvorschläge gekennzeichnet sind, sind die Bewerberstimmen ungültig.

Beispiel 8:

Wahlvorschlag 1 X-Partei	<input type="checkbox"/>	Wahlvorschlag 2 Y-Partei	<input type="checkbox"/>
1. Roth, Hans	<input checked="" type="checkbox"/>	1. Dr. Bayer, Horst	<input checked="" type="checkbox"/>
2. Möbus, Wilhelm		2. Zuleeg, Fritz	
3. Sand, Karl	<input checked="" type="checkbox"/>	3. Lokies, Gertrud	<input checked="" type="checkbox"/>
4. Haack, Dieter		4. Liermann, Otto	
5. Schletz, Renate	<input checked="" type="checkbox"/>	5. Wagner, Siegfried	
6. usw.		6. usw.	

Die Stimmabgabe ist ungültig, da Bewerber mehrerer Wahlvorschläge gekennzeichnet sind und keine Listenstimme vergeben ist.

Berechnungsbeispiele zur Sitzverteilung

Beispiel 1. Sitzverteilung in einem Wahlgebiet ohne Wahlbereichseinteilung

1. Ergebnis der Stimmabgabe

1.1 Zahl der zu vergebenden Sitze: 11

1.2 Zahl der gültigen Stimmzettel: 700

1.3 Verteilung der gültigen Stimmabgaben auf die Parteien nach Listenwahl und Personenwahl:

	X-Partei	Y-Partei	Z-Partei
Listenwahl ¹⁾	240	160	50
Personenwahl ²⁾	80	140	30
insgesamt	320	300	80

1) Stimmzettel, auf denen keine Personenstimme abgegeben wurde.

2) Stimmzettel, auf denen mindestens eine Personenstimme abgegeben wurde.

1.4 Verteilung der Personenstimmen auf die Bewerber

X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
1. Möbus	66	1. Zebula	120	1. Kübel	60
2. Kohler	36	2. Krause	96	2. Schletz	30
3. Kasper	60	3. Zuleeg	108	3. Kehlen	12
4. Roth	42	4. Wagner	48	4. Wunder	6
5. Hickl	24	5. Reichold	102	5. Putz	6
6. Knoke	0	6. Hopf	6	6. Voßmeyer	6
7. Kraus	30	7. Baier	54	7. Fasold	6
8. Haack	54	8. Liermann	24	8. Scharfe	6
9. Küffner	90	9. Mötsch	90	9. Gabler	30
10. Rusam	48	10. Riedel	72	10. Preuß	0
11. Pohl	30	11. Lokies	60	11. Denzler	6

2. Verteilung der Sitze auf die Parteien

Teiler	X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	320	1	300	2	80	8
2	160	3	150	4	40	-
3	106	5	100	6		
4	80	7	75	9		
5	64	10	60	11		
6	53	-	50	-		

Es entfallen somit auf die

X-Partei 5 Sitze

Y-Partei 5 Sitze

Z-Partei 1 Sitz

insgesamt 11 Sitze

3. Verteilung der Sitze innerhalb der Parteien nach Listenwahl und Personenwahl

3.1 X-Partei

Teiler	reine Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	240	1	80	4
2	120	2	40	-
3	80	3		
4	60	5		
5	48	-		

Es entfallen somit auf die

Listenwahl 4 Sitze

Personenwahl 1 Sitz

3.2 Y-Partei

Teiler	reine Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	160	1	140	1
2	80	3	70	4
3	53	5	46	-
4	40	-		

Es entfallen somit auf die

Listenwahl 3 Sitze

Personenwahl 2 Sitze

3.3 Z-Partei

Teiler	reine Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	50	1	30	-
2	25	-		

Es entfallen somit auf die

Listenwahl 1 Sitz

Personenwahl 0 Sitze

4. Verteilung der Sitze auf die Bewerber

4.1 X-Partei

Personenwahl: Küffner

Listenwahl: Möbus, Kohler, Kasper, Roth

4.2 Y-Partei

Personenwahl: Zebula, Zuleeg

Listenwahl: Krause, Wagner, Reichold

4.3 Z-Partei

Listenwahl: Kübel

Beispiel 2. Sitzverteilung in einem Wahlgebiet mit vier Wahlbereichen

1. Ergebnis der Stimmabgabe

1.1 Zahl der zu vergebenden Sitze: 35

1.2 Zahl der gültigen Stimmzettel: 24 500

1.3 Verteilung der gültigen Stimmabgaben auf die Parteien im Wahlgebiet und in den vier Wahlbereichen sowie nach Listenwahl und Personenwahl:

1.31 Gültige Stimmzettel im Wahlgebiet und in den Wahlbereichen

	X-Partei	Y-Partei	Z-Partei
Wahlbereich 1	3 010	1 610	1 390
Wahlbereich 2	3 740	2 170	1 110
Wahlbereich 3	2 960	1 350	1 690
Wahlbereich 4	2 790	1 370	1 310
Wahlgebiet	12 500	6 500	5 500

1.32 Gültige Stimmabgaben nach Listenwahl und Personenwahl in den Wahlbereichen

	X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
	Listenwahl	Personenwahl	Listenwahl	Personenwahl	Listenwahl	Personenwahl
Wahlbereich 1	1 870	1 140	790	820	810	580
Wahlbereich 2	2 170	1 570	1 410	760	690	420
Wahlbereich 3	1 900	1 060	780	570	1 020	670
Wahlbereich 4	1 650	1 140	660	710	790	520

1.33 Verteilung der Personenstimmen auf die Bewerber

Wahlbereich 1

X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
1. Möbus	620	1. Zebula	1 402	1. Kübel	603
2. Kohler	34	2. Reichold	103	2. Schletz	304
3. Kasper	619	3. Baier	1 006	3. Kehlen	304
4. Roth	1 304	4. Hopf	670	4. Wunder	240
5. Hickl	303	5. Lokies	309	5. Putz	50
6. Knoke	701	6. Mötsch	416	6. Scharfe	1 005
7. Kraus	205	7. Riedel	219	7. Fasold	603
8. Haack	1 935	8. Galster	795	8. Preuß	371
9. Küffner	0				
10. Rusam	607				
11. Pohl	309				
12. Grüner	203				

Wahlbereich 2

X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
1. Eichner	1 235	1. Krause	409	1. Voßmeyer	603
2. Giegler	944	2. Zuleeg	809	2. Gabler	1 150
3. Stössel	602	3. Wagner	1 216	3. Lorenz	93
4. Glenk	711	4. Liemann	702	4. Schoner	60
5. Schick	0	5. Förster	204	5. Winter	44
6. Söllner	2 555	6. Heß	99	6. Grimm	570
7. Barth	0	7. Fuchs	1 039		
8. Kluge	1 046	8. Lindner	82		
9. Sailer	509				
10. Hummel	402				
11. Scherzer	1 214				
12. Strauß	202				

Wahlbereich 3

X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
1. Pierer	302	1. Schindler	1 818	1. Landgraf	1 045
2. Bezzel	614	2. Bruch	0	2. Schwemmer	303
3. Raitheil	241	3. Morgenstern	401	3. Satter	303
4. Merkel	255	4. Herrmann	51	4. Geisendorfer	214
5. Schorr	231	5. Raum	514	5. Schoberth	944
6. Hirsch	244	6. Kolb	633	6. Renner	619
7. Goetz	905	7. Bruns	0	7. Ritter	296
8. Staedtler	1 522	8. Schulz	3	8. Wündisch	296
9. Lehner	1 902				
10. Braun	144				

Wahlbereich 4

X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
1. Kiehn	709	1. Kühler	402	1. Schatz	1 202
2. Riedel	6	2. Schläger	514	2. Wild	320
3. Clausen	3	3. Kühnlein	433	3. Goller	245
4. Ritter	405	4. Kropf	299	4. Kellermann	101
5. Gerard	1 187	5. Meisner	751	5. Mann	1 012
6. Albers	1 022	6. Bober	1 503	6. Groß	240
7. Collofong	3 405	7. Buhrs	158		
8. Donandt	103	8. Günther	200		

2. Verteilung der Sitze im Wahlgebiet

Teiler	X-Partei		Y-Partei		Z-Partei	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	12 500	1	6 500	2	5 500	4
2	6 250	3	3 250	6	2 750	8
3	4 167	5	2 167	10	1 833	12
4	3 125	7	1 625	14	1 375	17
5	2 500	9	1 300	18	1 100	21
6	2 083	11	1 083	22	917	26
7	1 786	13	929	25	785	30
8	1 563	15	813	29	688	35
9	1 389	16	722	33	611	-
10	1 250	19	650	-		
11	1 136	20				
12	1 042	23				
13	962	24				
14	893	27				
15	833	28				
16	781	31				
17	735	32				
18	694	34				
19	658	-				

Von den 35 im Wahlgebiet zu vergebenden Sitzen entfallen auf:

X-Partei 18 Sitze
Y-Partei 9 Sitze
Z-Partei 8 Sitze

3. Verteilung der Sitze innerhalb der Parteien auf die einzelnen Wahlbereiche

3.1 X-Partei

Teiler	Wahlbereich 1		Wahlbereich 2		Wahlbereich 3		Wahlbereich 4	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	3 010	2	3 740	1	2 960	3	2 790	4
2	1 505	6	1 870	5	1 480	7	1 395	8
3	1 003	10	1 247	9	987	11	930	12
4	753	14	935	13	740	16	698	17
5	602	-	748	15	592	-	558	-
6			623	18				
7			534	-				

Von den 18 Sitzen der X-Partei im Wahlgebiet entfallen auf

Wahlbereich 1 4 Sitze
Wahlbereich 2 6 Sitze
Wahlbereich 3 4 Sitze
Wahlbereich 4 4 Sitze

3.2 Y-Partei

Teiler	Wahlbereich 1		Wahlbereich 2		Wahlbereich 3		Wahlbereich 4	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 610	2	2 170	1	1 350	4	1 370	3
2	805	6	1 085	5	675	9	685	8
3	537	-	723	7	450	-	457	-
4			543					
5			434	-				

Von den 9 Sitzen der Y-Partei im Wahlgebiet entfallen auf

Wahlbereich 1 2 Sitze
Wahlbereich 2 3 Sitze
Wahlbereich 3 2 Sitze
Wahlbereich 4 2 Sitze

3.3 Z-Partei

Teiler	Wahlbereich 1		Wahlbereich 2		Wahlbereich 3		Wahlbereich 4	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 390	2	1 110	4	1 690	1	1 310	3
2	695	6	555	-	845	5	655	7
3	463	-			563	8	437	-
4					423	-		

Von den 8 Sitzen der Z-Partei im Wahlgebiet entfallen auf

Wahlbereich 1 2 Sitze
Wahlbereich 2 1 Sitz
Wahlbereich 3 3 Sitze
Wahlbereich 4 2 Sitze

4. Verteilung der Sitze auf die Parteien in den Wahlbereichen nach Listenwahl und Personenwahl

4.1 X-Partei

4.11 Wahlbereich 1

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 870	1	1 140	2
2	935	3	570	-
3	623	4		
4	468	-		

Von den 4 Sitzen der X-Partei im Wahlbereich 1 entfallen auf

Listenwahl ¹⁾ 3 Sitze
Personenwahl ²⁾ 1 Sitz

1) Gesamtliste
2) Gesamtheit der Bewerber

4.12 Wahlbereich 2

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	2 170	1	1 570	2
2	1 085	3	785	4
3	723	5	523	-
4	543	6		
5	434	-		

Von den 6 Sitzen der X-Partei im Wahlbereich 2 entfallen auf

Listenwahl 4 Sitze
Personenwahl 2 Sitze

4.13 Wahlbereich 3

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 900	1	1 060	2
2	950	3	530	-
3	633	4		
4	475	-		

Von den 4 Sitzen der X-Partei im Wahlbereich 3 entfallen auf

Listenwahl 3 Sitze
Personenwahl 1 Sitz

4.14 Wahlbereich 4

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 650	1	1 140	2
2	825	3	570	4
3	550	-	380	-

Von den 4 Sitzen der X-Partei im Wahlbereich 4 entfallen auf

Listenwahl 2 Sitze
Personenwahl 2 Sitze

4.2 Y-Partei

4.21 Wahlbereich 1

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	790	2	820	1
2	395	-	410	-

Von den 2 Sitzen der Y-Partei im Wahlbereich 1 entfällt auf

Listenwahl 1 Sitz
Personenwahl 1 Sitz

4.22 Wahlbereich 2

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 410	1	760	2
2	705	3	380	-
3	470			
4	353	-		

Von den 3 Sitzen der Y-Partei im Wahlbereich 2 entfallen auf

Listenwahl 2 Sitze
Personenwahl 1 Sitz

4.23 Wahlbereich 3

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	780	1	570	2
2	390	-	285	-

Von den 2 Sitzen der Y-Partei im Wahlbereich 3 entfällt auf

Listenwahl 1 Sitz
Personenwahl 1 Sitz

4.24 Wahlbereich 4

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	660	2	710	1
2	330	-	355	-

Von den 2 Sitzen der Y-Partei im Wahlbereich 4 entfällt auf
Listenwahl 1 Sitz
Personenwahl 1 Sitz

4.3 Z-Partei

4.31 Wahlbereich 1

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	810	1	580	2
2	405	-	290	-

Von den 2 Sitzen der Z-Partei im Wahlbereich 1 entfällt auf

Listenwahl 1 Sitz
Personenwahl 1 Sitz

4.32 Wahlbereich 2

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	690	1	420	-

Der Sitz der Z-Partei im Wahlbereich 2 entfällt auf

Listenwahl

4.33 Wahlbereich 3

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	1 020	1	670	2
2	510	3	335	-
3	340	-		

Von den 2 Sitzen der Z-Partei im Wahlbereich 3 entfällt auf

Listenwahl 2 Sitze
Personenwahl 1 Sitz

4.34 Wahlbereich 4

Teiler	Listenwahl		Personenwahl	
	Höchstzahl	Sitz Nr.	Höchstzahl	Sitz Nr.
1	790	1	520	2
2	395	-	260	-

Von den 2 Sitzen der Z-Partei im Wahlbereich 4 entfällt auf

Listenwahl 1 Sitz
Personenwahl 1 Sitz

5. Verteilung der Sitze auf die Bewerber

(P = Personenwahl, L = Listenwahl)

5.1 X-Partei

Wahlbereich 1: Haack (P), Möbus (L), Kohler (L), Kasper (L)
Wahlbereich 2: Söllner (P), Eichner (P), Giegler (L), Stössel (L),
Glenk (L), Schick (L)
Wahlbereich 3: Lehner (P), Pierer (L), Bezzel (L), Raithel (L)
Wahlbereich 4: Collofong (P), Gerard (P), Kiehn (L), Riedel (L)

5.2 Y-Partei

Wahlbereich 1: Zebula (P), Reichold (L)
Wahlbereich 2: Wagner (P), Krause (L), Zuleeg (L)
Wahlbereich 3: Schindler (P), Bruch (L)
Wahlbereich 4: Bober (P), Kühler (L)

5.3 Z-Partei

Wahlbereich 1: Scharfe (P), Kübel (L)
Wahlbereich 2: Voßmeyer (L)
Wahlbereich 3: Landgraf (P), Schwemmer (L), Satter (L)
Wahlbereich 4: Schatz (P), Wild (L)

Listenstimmen für die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge maßgebend

Die Sitzverteilung ist in den §§ 38 und 39 des Kommunalwahlgesetzes geregelt. Sie erfolgt grundsätzlich in zwei Berechnungsschritten.

Zunächst werden die im Wahlgebiet zu vergebenden Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen entsprechend dem Verhältnis der auf sie entfallenden Zahl der Listenstimmen nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt.

„Innerparteiliches“ Zuteilungsverfahren nach Listen- und Personenstimmen differenziert

Danach werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze auf die Liste und auf die Gesamtheit der Bewerber des Wahlvorschlages entsprechend den jeweiligen Stimmzahlen wiederum nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Dieser Berechnung wird als Ausgangszahl für die Liste die Summe der Stimmzettel, auf denen nur die Listenstimme abgegeben wurde, und für die Gesamtheit der Bewerber die Summe der Stimmzettel, die mit mindestens einer Bewerberstimme versehen sind, zugrunde gelegt.

Die auf die Gesamtheit der Bewerber eines Wahlvorschlages entfallenden Sitze stehen den Bewerbern mit den höchsten Personenstimmzahlen zu; die der Liste zustehenden Sitze werden den Bewerbern nach der Reihenfolge der Liste zugeteilt (vgl. Berechnungsbeispiel 1).

Bildung von Wahlbereichen möglich

Um eine ausgewogene Vertretung örtlicher Interessen zu ermöglichen, kann die jeweilige Vertretungskörperschaft in Wahlgebieten mit mehr als 5 000 Einwohnern mit Zweidrittelmehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl innerhalb vorgegebener Höchst- und Mindestzahlen das Wahlgebiet in Wahlbereiche unterteilen (§ 10 des Kommunalwahlgesetzes). Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so stellen die Mitglieder bzw. Vertreterversammlungen der Parteien und Wählergruppen für jeden Wahlbereich gesonderte Wahlvorschläge auf.

Bei der Sitzverteilung werden die auf eine Partei oder Wählergruppe im Wahlgebiet entfallenden Sitze nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt entsprechend den in den einzelnen Wahlbereichen erzielten Listenstimmen zunächst auf die Wahlbereiche verteilt. Erst danach erfolgt auf Wahlbereichsebene die Aufteilung nach Personen- und Listenwahl (vgl. Berechnungsbeispiel 2).

Ersatznachfolge entsprechend der Wahl des ausgeschiedenen Bewerbers

Ersatzleute für über die Personenwahl gewählte Ratsmitglieder sind die noch nicht berufenen Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen. Über die Listenwahl gewählte Ratsmitglieder werden durch noch nicht berufene Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlages ersetzt.

Dr. M. Unglaub

Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften

Vergleich mit dem Staatshaushalt

Schneller, als mancherorts erwartet, hat sich in den öffentlichen Haushalten eine rasch wachsende Verschuldung ergeben. Verzinsung, Schuldentilgung bzw. Umschuldung und weiterer Kreditbedarf haben eine Höhe erreicht, durch die die Handlungsfähigkeit beeinträchtigt ist. In den 70er Jahren haben sich die Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften bundesweit verdoppelt (+ 118%), die von Bund und Ländern sogar mehr als verfünffacht (+ 534% bzw. + 564%). Im Vergleich zu den Staatlichen Haushalten erscheinen die Kommunen besser gestellt, zumal ihre Zins-Steuer-Quote dank der Finanzreform von 1970 abgenommen hat, während sie beim Bund (+ 182%) und den Ländern (+ 116%) kräftig angestiegen ist. Die Zins-Steuer-Quote der kommunalen Gebietskörperschaften lag im Jahre 1980 mit 11,9% noch wesentlich höher als bei Bund (7,9%) und Ländern (6,9%). Bei den kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz betrug sie Ende 1980 15,5%.

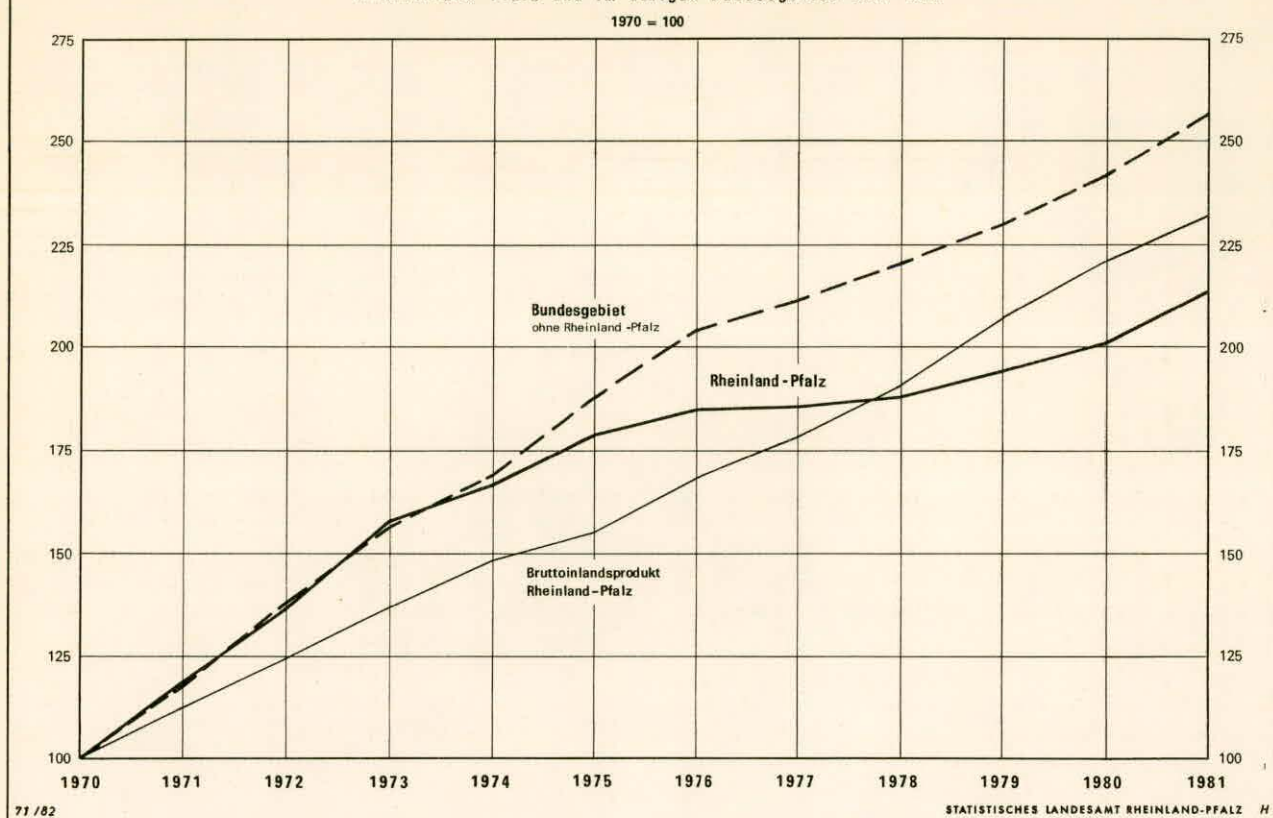
Maßgebliche Gründe für diese Entwicklung in der Haushaltswirtschaft sind eine über Jahre hinweg ex-

pansive Ausgabenpolitik ohne hinreichende Beachtung der Folgekosten. Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes, d. h. von Bund, Ländern und Gemeinden, betrugen Ende 1981 512 Mrd. DM und werden schon Anfang 1983 über 600 Mrd. DM liegen.

Kommunale Gebietskörperschaften des Landes mit 6,5 Mrd. DM verschuldet

Ende 1981 beliefen sich die fundierten Schulden der rheinland-pfälzischen Gemeinden (Gv.) auf insgesamt 6,5 Mrd. DM. Von diesem Betrag waren 6,2 Mrd. DM (95,5%) Kreditmarktmittel. 239 Mill. DM (3,7%) betrafen Schulden beim öffentlichen Bereich und 51 Mill. DM Auslandsschulden (0,8%). Rechnet man die Schulden der seit 1978 aus den kommunalen Trägerhaushalten ausgegliederten kaufmännisch buchenden Krankenanstalten in Höhe von 364 Mill. DM hinzu - dies ist bei Zeitreihen aus Gründen der Vergleichbarkeit erforderlich -, so ergibt sich 1981 eine kommunale Verschuldung (ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände) von insgesamt fast 6,9 Mrd. DM. Das sind 6,5% mehr als ein Jahr zuvor. 1970 hatte der entsprechende Wert noch 3,2 Mrd. DM betragen. Er lag 1981 um 114% über dem Betrag von 1970.

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände
in Rheinland-Pfalz und im übrigen Bundesgebiet 1970 - 1981



Die Nettoneuverschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen (unter Einschluß ihrer Krankenanstalten) war - sowohl in absoluten Beträgen als auch gemessen an den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr - in der ersten Hälfte der 70er Jahre deutlich höher als in der zweiten Hälfte. Sie lag 1970 bei 478 Mill. DM, 1972 bei 596 Mill. DM und erreichte ihren bisher höchsten Wert im Jahre 1973 mit 661 Mill. DM. Im Jahre 1974 war die Nettokreditaufnahme mit 288 Mill. DM vergleichsweise gering. Die niedrigsten Schulden wurden 1977 mit 8,6 Mill. DM aufgenommen. Im folgenden Jahr betrug der entsprechende Wert 83 Mill. DM.

Die prozentual höchste Zunahme des Schuldenstandes ergab sich 1971, als die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 18,2% erreichte. In den Jahren 1972 und 1973 bezifferte sich die Zuwachsrate auf jeweils über 15%. Seit 1976 lag die Zunahme der jährlichen Nettokreditaufnahme stets unter 3,5%.

Bei der Beurteilung des vergleichsweise niedrigen Schuldenzuwachses der Kommunen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist zu berücksichtigen, daß ab 1975 auf Grund der Aufgaben-Übergangs-Verordnung vom 2. September 1974 die Wasserversorgung von den Ortsgemeinden auf die Verbandsgemeinden überging. Diese Verordnung schrieb außerdem vor, daß die Verbandsgemeinden spätestens Ende 1978 für die Einrichtungen der Wasserversorgung einen Eigenbetrieb zu errichten hatten. Durch die dann ab 1975 sukzessive erfolgte Ausgliederung der Betriebe der Wasserversorgung aus den kommunalen Haushalten

verringerte sich auch der Nachweis der kommunalen Schulden um die Verbindlichkeiten der separat erfaßten und ausgewiesenen Eigenbetriebe. Deren Zahl belief sich 1977 auf 136, 1978 auf 179 und 1980 auf 305 Betriebe, wobei auch Eigenbetriebe mit anderen Aufgaben als der der Wasserversorgung neu hinzukamen, so Betriebe der Entsorgung.

Die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe betrugen 1976 insgesamt 848 Mill. DM, 1978 rund 1,0 Mrd. DM, zwei Jahre später 1,3 Mrd. DM und 1981 fast 1,5 Mrd. DM.

Entwicklung der kommunalen Schulden in Rheinland-Pfalz langsamer als im übrigen Bundesgebiet

Von 1970 bis 1981 haben sich die Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz (einschließlich kommunale Krankenanstalten) um 114% erhöht, im übrigen Bundesgebiet um 157%. Durch die schwächere Zunahme der Verschuldung in Rheinland-Pfalz konnte die überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung von einem um 26% über dem Bundesdurchschnitt der kommunalen Gebietskörperschaften liegenden Satz im Jahre 1970 auf 6,8% im Jahre 1981 abgebaut werden. Diese Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist, wie auch das Ifo-Institut in einer Umfrage bei den Gemeinden festgestellt hat, offenbar auf die in Rheinland-Pfalz verbreitetere und stärkere Beachtung der Folgekosten bei den Haushaltsplanungen zurückzuführen. Auf die Problematik der Folgekosten ist in Rheinland-Pfalz frühzeitig hingewiesen worden, und

Jahr	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet ohne Rheinland-Pfalz			
	Mill.DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	DM je Einwohner	Mill.DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1970 = 100	DM je Einwohner
1970	3 207	17,5	100,0	874	36 808	10,7	100,0	693
1971	3 791	18,2	118,2	1 033	43 331	17,7	117,7	818
1972	4 388	15,7	136,8	1 191	50 635	16,9	137,6	948
1973	5 049	15,1	157,4	1 365	57 479	13,5	156,2	1 070
1974	5 337	5,7	166,4	1 444	62 007	7,9	168,5	1 152
1975	5 736	7,5	178,8	1 560	69 091	11,4	187,7	1 287
1976	5 931	3,4	184,9	1 622	75 046	8,6	203,9	1 404
1977	5 939	0,1	185,2	1 629	77 762	3,6	211,3	1 456
1978	6 023	1,4	187,8	1 657	81 015	4,2	220,1	1 518
1979	6 224	3,4	194,1	1 714	84 513	4,3	229,6	1 581
1980	6 435	3,4	200,6	1 769	88 940	5,2	241,6	1 657
1981	6 854	6,5	213,7	1 882	94 476	6,2	256,7	1 756

1) Ohne Schulden der Eigenbetriebe, jedoch einschl. Schulden der kommunalen Krankenanstalten.

es ist bemerkenswert, daß diese Hinweise eine solche Beachtung fanden¹⁾.

Schuldenzuwachs der Orts- und Verbandsgemeinden am niedrigsten

Die Entwicklung des Schuldenstandes verlief bei den Gebietskörperschaftsgruppen unterschiedlich. Von den gesamten kommunalen Schulden in Höhe von 3,2 Mrd. DM entfielen 1970 43,1% auf die kreisfreien Städte, 10,2% auf die Landkreise, 46,4% auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden und 0,3% auf den Bezirksverband Pfalz. Bis 1981 erhöhte sich der Anteil der kreisfreien Städte leicht auf 43,9%. Der Anteilssatz der Landkreise war auf 14,9% angestiegen und die Quote der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden auf 40,8% zurückgegangen.

1981 waren die Schulden der kreisfreien Städte gut doppelt so hoch wie elf Jahre zuvor, die der Landkreise haben sich im gleichen Zeitraum nahezu verdreifacht. Die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden lagen 1981 um 78% höher als 1970.

Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte stets am höchsten

Bezieht man die kommunalen Schulden auf die Einwohnerzahl, so ergibt sich Ende 1981 eine landesdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung von 1 780 DM. Mit 2 900 DM je Einwohner liegen die kreisfreien Städte deutlich über diesem Durchschnittswert. Landkreise, Verbandsgemeinden und kreisangehörige Gemeinden zusammen waren mit 1 360 DM je Einwohner verschuldet. Die verbandsfreien Gemeinden verzeichneten 1 380 DM je Einwohner, die Verbandsgemeinden 440 DM und die Ortsgemeinden 450 DM. Auf die Landkreise entfielen 360 DM Schulden je Einwohner.

Die Daten des Jahres 1981 nach Einwohnergrößenklassen zeigen eine Zunahme der Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung mit steigender Einwohnerzahl. Die kreis-

freien Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern waren mit 3 140 DM je Einwohner am höchsten verschuldet, die Städte mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern mit 2 320 DM je Einwohner. Bei den verbandsfreien Gemeinden streute die Pro-Kopf-Verschuldung zwischen 1 640 DM (50 000 bis 100 000 Einwohner) und 1 150 DM (5 000 bis 10 000 Einwohner). Eine relativ geringe Streubreite weisen die Verbandsgemeinden auf; in der Größenklasse 20 000 bis 50 000 Einwohner betrug die Pro-Kopf-Verschuldung 480 DM, in den Verbandsgemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern 460 DM.

Bei den Ortsgemeinden fällt die oberste Einwohnergrößenklasse (10 000 bis 20 000 Einwohner) mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von gut 1 000 DM auf. Unter den vier Städten, die in diese Größenklasse fallen, liegt Bad Ems mit 1 250 DM je Einwohner an der Spitze, gefolgt von Betzdorf (1 040 DM), Montabaur (990 DM) und Konz (810 DM). Bei den Ortsgemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern beziffert sich der Durchschnittswert auf 630 DM und bei den Gemeinden bis 1 000 Einwohner auf 300 DM.

Pro-Kopf-Verschuldung im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz am niedrigsten

Unter den kreisfreien Städten verzeichnete Neustadt mit 4 060 DM je Einwohner die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung, gefolgt von Worms (3 550 DM) und Koblenz (3 350 DM). Ebenfalls überdurchschnittlich verschuldet war die Stadt Ludwigshafen (3 170 DM). Den niedrigsten Schuldenstand je Einwohner verzeichneten die Städte Kaiserslautern (1 930 DM) und Landau (1 970 DM). Auch Speyer (2 120 DM), Zweibrücken (2 240 DM) und Frankenthal (2 310 DM) liegen unter dem Durchschnittswert der kreisfreien Städte.

Die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise betrugen 1981 insgesamt 3,6 Mrd. DM, das sind 1 360 DM je Einwohner. Dieser Durchschnittswert, der um 1 540 DM unter demjenigen der kreisfreien Städte liegt, streute in den einzelnen Verwaltungsbezirken zum Teil erheblich. Innerhalb des Regierungsbezirks Koblenz wurde für die

¹⁾ Vgl. Folgekosten öffentlicher Investitionen, herausgegeben vom Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, 1975.

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Schulden der Eigenbetriebe und kommunalen Krankenanstalten
nach Verwaltungsbezirken am 31. Dezember 1981

Verwaltungsbezirk	Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände			Schulden der Eigen- betriebe	Schulden der Kranken- anstalten	
	insgesamt		aus Kreditmarkt- mitteln			bei Verwaltungen
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM			
<u>Kreisfreie Städte</u>	2 850 304	2 895	2 692 053	106 796	395 662	176 190
Koblenz	379 591	3 352	373 377	6 214	1 545	32 414
Trier	270 439	2 842	262 838	7 601	61 266	-
Frankenthal (Pfalz)	100 900	2 309	86 374	8 774	32 543	631
Kaiserslautern	190 007	1 933	174 419	15 588	122 123	10 479
Landau in der Pfalz	71 940	1 973	65 095	6 845	19 947	1 166
Ludwigshafen am Rhein	503 908	3 171	441 747	16 458	-	10 891
Mainz	558 703	2 983	544 816	13 887	-	-
Neustadt a.d.Weinstraße	204 235	4 062	195 289	8 946	31 928	-
Pirmasens	139 246	2 833	130 418	8 828	39 712	7 773
Speyer	92 981	2 122	89 360	3 621	39 165	9 284
Worms	260 557	3 546	253 256	7 301	35 076	103 552
Zweibrücken	77 797	2 239	75 064	2 733	12 357	-
<u>Landkreise</u>	3 612 490	1 360	3 480 100	132 390	1 054 603	164 404
RB Koblenz	1 823 079	1 458	1 763 690	59 389	472 218	84 523
Ahrweiler	160 167	1 442	158 102	2 065	30 801	-
Altenkirchen (Ww.)	174 687	1 425	170 264	4 423	49 804	16 836
Bad Kreuznach	232 751	1 588	223 252	9 499	56 602	546
Bad Kreuznach, St	86 836	2 117	84 500	2 336	-	-
Birkenfeld	96 005	1 103	92 267	3 738	78 585	23 397
Idar-Oberstein, St	39 356	1 120	37 988	1 368	27 074	23 283
Cochem-Zell	69 289	1 128	63 053	6 236	17 477	-
Mayen-Koblenz	282 693	1 493	272 908	9 785	17 147	69
Andernach, St	46 012	1 698	43 482	2 530	-	-
Mayen, St	32 857	1 586	30 667	2 190	2 231	-
Neuwied	314 371	2 028	310 479	3 892	64 826	26 899
Neuwied, St	98 731	1 639	96 319	2 412	-	26 899
Rhein-Hunsrück-Kreis	104 196	1 149	97 357	6 839	25 238	3 227
Rhein-Lahn-Kreis	178 925	1 515	173 166	5 759	59 581	7 671
Lahnstein, St	46 021	2 410	44 984	1 037	4 545	-
Westerwaldkreis	209 995	1 246	202 842	7 153	72 157	5 878
RB Trier	551 152	1 467	525 965	25 187	185 205	42 915
Bernkastel-Wittlich	147 875	1 384	137 040	10 835	54 417	22 185
Bitburg-Prüm	129 791	1 455	123 895	5 896	53 870	-
Daun	91 275	1 635	87 455	3 820	31 023	-
Trier-Saarburg	182 211	1 472	177 575	4 636	45 895	20 730
RB Rheinhessen-Pfalz	1 238 259	1 202	1 190 445	47 814	397 180	36 966
Alzey-Worms	138 824	1 434	134 304	4 520	14 608	4 507
Bad Dürkheim	154 790	1 332	149 483	5 307	101 523	5 362
Donnersbergkreis	103 805	1 555	101 005	2 800	42 365	1 199
Germersheim	106 865	1 059	101 050	5 815	37 358	15 352
Kaiserslautern	62 759	657	60 507	2 252	45 374	-
Kusel	90 868	1 210	86 234	4 634	15 287	-
Südliche Weinstraße	64 282	674	58 400	5 882	43 746	10 546
Ludwigshafen	158 664	1 258	152 096	6 568	29 796	-
Mainz-Bingen	265 691	1 671	258 496	7 195	30 333	-
Bingen am Rhein, St	18 228	780	16 780	1 448	22 804	-
Ingelheim am Rhein, St	34 145	1 731	33 020	1 125	-	-
Pirmasens	91 711	930	88 870	2 841	36 790	-
<u>Bezirksverband Pfalz</u>	27 365	21	27 364	1	-	23 245
I n s g e s a m t	6 490 159	1 782	6 199 517	239 187	1 450 265	363 839

Schuldenstand, -aufnahme und -tilgung der Gemeinden und Gemeindeverbände 1981

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse/ Verbandsgemeindegrößenklasse	Schuldenstand am 31.12.1981			Schulden- aufnahme	Schulden- tilgung	Netto- kredit- aufnahme
	Fundierte Schulden insgesamt		Veränderung zum Vorjahr 1)			
	1 000 DM	DM je Einwohner	%	im Jahre 1981 1 000 DM		
<u>Kreisfreie Städte</u>	2 850 304	2 895	5,9	324 264	171 676	152 588
100 000 - 200 000 Einwohner	1 442 202	3 139	5,6	161 171	88 587	72 584
50 000 - 100 000 "	925 238	2 917	7,0	96 583	30 724	65 859
20 000 - 50 000 "	482 864	2 321	13,1	66 510	52 365	14 145
<u>Kreisangehörige Gemeinden, Ver- bandsgemeinden, Landkreise</u>	3 612 490	1 360	7,3	566 736	297 820	268 916
Verbandsfreie Gemeinden	808 568	1 381	5,5	112 039	59 874	52 165
50 000 - 100 000 Einwohner	98 731	1 639	5,0	9 000	4 518	4 482
20 000 - 50 000 "	264 931	1 528	2,6	42 941	24 971	17 970
10 000 - 20 000 "	324 717	1 312	9,0	47 255	19 089	28 166
5 000 - 10 000 "	120 189	1 153	4,2	12 843	11 296	1 547
Ortsgemeinden	924 868	447	9,0	177 445	97 464	79 981
10 000 - 20 000 Einwohner	46 387	1 003	6,5	7 362	4 405	2 957
5 000 - 10 000 "	222 411	632	3,1	26 488	19 851	6 637
3 000 - 5 000 "	138 130	552	9,7	34 164	15 339	18 825
1 000 - 3 000 "	316 823	428	11,2	59 018	30 186	28 832
unter 1 000 "	201 117	295	12,2	50 413	27 683	22 730
Verbandsgemeinden	912 918	441	8,1	135 719	62 692	73 027
20 000 - 50 000 Einwohner	164 412	479	6,7	22 728	9 139	13 589
10 000 - 20 000 "	538 944	425	10,1	82 443	33 957	48 486
5 000 - 10 000 "	209 562	455	3,9	30 548	19 596	10 952
Landkreise	966 136	364	7,1	141 533	77 790	63 743
<u>Bezirksverband Pfalz</u>	27 365	21	50,0	11 860	1 988	9 872
I n s g e s a m t	6 490 159	1 782	6,7	902 860	471 484	431 376
Nachrichtlich:						
Eigenbetriebe	1 450 265	393	8,7	200 494	88 330	112 164
Kommunale Krankenanstalten	363 839	100	1,0	36 674	23 846	12 828

1) Bezogen auf die Beträge in DM je Einwohner.

Gemeinden und Gemeindeverbände des Landkreises Neuwied - einschließlich des Landkreises selbst - mit 2 030 DM die höchste Pro-Kopf-Verschuldung ermittelt. Über dem Durchschnitt liegen auch die Kreise Bad Kreuznach (1 590 DM), Rhein-Lahn (1 520 DM) und Mayen-Koblenz (1 490 DM). In den Landkreisen Birkenfeld (1 100 DM), Cochem-Zell (1 130 DM) und Rhein-Hunsrück (1 150 DM) sind diese Beträge vergleichsweise niedrig.

Die großen kreisangehörigen Städte, deren Schulden innerhalb der Kreise zusätzlich als Darunterzahl ausgewiesen werden, haben im Regierungsbezirk Koblenz, mit Ausnahme der Stadt Idar-Oberstein (1 120 DM), eine zum Teil überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung. Dies gilt insbesondere für die Stadt Lahnstein (2 410 DM), aber auch für die Städte Bad Kreuznach (2 120 DM), Andernach (1 700 DM), Neuwied (1 640 DM) und Mayen (1 590 DM).

Im Regierungsbezirk Trier ist die Pro-Kopf-Verschuldung des Kreises Daun (1 640 DM) am höchsten, gefolgt von Trier-Saarburg (1 470 DM) und Bitburg-Prüm (1 460 DM), während sich die niedrigste Quote im Kreis Bernkastel-Wittlich (1 380 DM) ergibt.

Der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz weist bei deutlichen Unterschieden im Schnitt den niedrigsten Schuldenstand je Einwohner auf. In den Kreisen Mainz-Bingen (1 670 DM), Donnersbergkreis (1 560 DM) und Alzey-Worms (1 430 DM) liegt die Pro-Kopf-Verschuldung über dem Durchschnitt aller Kreise, in den Kreisen Kaiserslautern (660 DM), Südliche Weinstraße (670 DM), Pirmasens (930 DM) und Germersheim (1 060 DM) bleibt sie darunter.

Die beiden großen kreisangehörigen Städte des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz weisen eine recht unterschiedliche Schuldenstruktur auf. Während sich für Bingen ein Schuldenstand von 780 DM je Einwohner errechnet, beläuft er sich in Ingelheim auf 1 730 DM.

Die Eigenbetriebe der Landkreise hatten 1981 Verbindlichkeiten in Höhe von knapp 1,1 Mrd. DM, bei den kaufmännisch buchenden kommunalen Krankenhäusern beliefen sich die Schulden auf 164 Mill. DM.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Bedeutung des Außenhandels

Während die Industriekonjunktur auf dem Binnenmarkt stagniert, geht vom Export eine kräftige Belebung aus. In Rheinland-Pfalz ist das Exportgeschäft durch die hohe Exportquote der Industrie ein Motor der Wirtschaftsentwicklung.

Ein Drittel der Industrieumsätze im Ausland erzielt

In den rund 3 000 rheinland-pfälzischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes wurde im Jahre 1981 ein Umsatz von rund 80 Mrd. DM erzielt. Das entspricht einer Zunahme gegenüber 1980 um 7%, bei Berücksichtigung der Erzeugerpreissteigerungen von 6,3% real aber nur einer geringen Veränderung. Die Entwicklung des Gesamtumsatzes wäre noch ungünstiger ausgefallen, hätten sich die Unternehmen angesichts der schwachen Binnenkonjunktur nicht verstärkt auf dem Auslandsmarkt engagiert. Dank der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar ist dies trotz einer zum Teil noch schlechteren Wirtschaftslage bei den Handelspartnern der Bundesrepublik gelungen. So erzielten die inländischen Firmen im Jahre 1981 im Auslandsgeschäft eine Steigerung um 20% bei einer Stagnation im Inlandsgeschäft (+ 0,8%). Die Exportquote erhöhte sich damit von 30,3% auf 35,4%. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Exportquote gut ein Viertel.

Teilt man die Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes im Verhältnis von Inlandsumsatz zu Auslandsumsatz auf, so ergibt sich, daß rund 139 000 Arbeitskräfte mit der Produktion von Exportartikeln beschäftigt sind. Das heißt, bei dieser Zahl von Beschäftigten ist der Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz durch Exportgeschäfte gesichert. Im Bundesgebiet entspricht dies rund zwei Millionen Arbeitsplätzen.

Vor allem das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 9,7%) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 6,9%) trugen zu dem Umsatzwachstum, das wegen der stärkeren Außenhandeltätigkeit in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 4,9%) liegt, bei; auf sie entfallen nahezu drei Viertel des Gesamtumsatzes. Die Veränderungsrate des Umsatzes im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich wurde ohne die Werte der Mineralölwirtschaft berechnet, weil hier aus methodischen Gründen ein Vorjahresvergleich nicht möglich ist.

Innerhalb des Investitionsgüterbereichs heben sich der Straßenfahrzeugbau und die Reparatur von Kraftfahrzeugen ab. Es handelt sich um rund 350 Betriebe, überwiegend handwerklich strukturierte Reparaturwerkstätten. Gemessen am Betriebsergebnis überwiegen die 50 zumeist größeren Kraftfahrzeugproduzenten. Hier gibt es Unternehmen mit einem so bedeutenden Anteil am Auslandsumsatz, daß die Werte der Kraftfahrzeugbranche mit dem Schiff-, Luft- und Raumfahrzeugbau zusammengefaßt werden müssen. Der Gesamtumsatz des Kraftfahrzeug-, Schiff- und Luftfahrzeugbaus mit rund 47 000 Beschäftigten belief sich 1981 auf 14 Mrd. DM. Davon wurden 6,6 Mrd. DM auf

dem Inlandsmarkt erzielt. Bei dem überwiegenden Teil, nämlich 7,4 Mrd. DM oder 53%, handelte es sich um Exporte, hinter denen rund 25 000 Arbeitsplätze stehen. Eine ähnlich große Bedeutung haben der Maschinenbau sowie die Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen. Mit 50 000 Beschäftigten stellt er nach der chemischen Industrie den zweitgrößten Industriezweig des Landes dar. Gemessen am Umsatz in Höhe von 7 Mrd. DM nimmt er den dritten Rang ein. Mit dem Straßenfahrzeugbau gemeinsam hat er die hohe Exportquote von knapp 50%. Wie die Außenhandelsstatistik zeigt, sind für ein so hoch industrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland Maschinen, insbesondere Büromaschinen, ein beliebter Exportartikel. Mit 14% waren 1981 die Maschinen in Rheinland-Pfalz nach den Kraftfahrzeugen (26%) am stärksten an der Gesamtausfuhr beteiligt. Die Zahl der Arbeitsplätze, die in der Industrie hierfür bereitstehen, beläuft sich auf rund 25 000. Zusammen haben die beiden Industriezweige einen Anteil an der Gesamtzahl der für den Export tätigen Arbeitsplätze im Investitionsgüterbereich von drei Vierteln.

Die chemische Industrie nimmt sowohl innerhalb des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes als auch innerhalb des gesamten verarbeitenden Gewerbes eine herausragende Stellung ein. Fast zwei Drittel des im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und ein Viertel des im gesamten verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1981 erzielten Umsatzes entfielen auf diesen Industriezweig. Der Gesamtwert der im vergangenen Jahr verkauften Waren und Dienstleistungen belief sich auf 18,1 Mrd. DM. Das sind 9,8% mehr als ein Jahr zuvor. 9,3 Mrd. DM und damit mehr als die Hälfte davon entfielen auf das Auslandsgeschäft. Infolge des überdurchschnittlichen Wachstums des Auslandsumsatzes (+ 14,2%) hat sich hier die Exportquote gegenüber dem Vorjahr von 49,6% auf 51,6% erhöht. Für den Export sind in der chemischen Industrie 37 000 Personen tätig.

Exportquoten der Industrie 1971 - 1981

(Industrie- und Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe
	%				
1971	21,0	28,4	24,5	11,5	2,8
1972	23,0	30,2	28,4	10,9	3,1
1973	24,6	31,3	30,5	12,4	5,5
1974	30,0	36,1	37,8	14,3	7,9
1975	29,1	33,5	39,3	12,8	6,7
1976	29,1	34,6	37,5	14,3	6,1
1977	29,0	34,4	36,5	14,0	6,5
1978	28,2	35,2	33,2	14,0	8,7
1979	29,2	35,8	34,4	15,0	7,9
1980	30,3	35,2	37,8	15,3	8,0
1981	35,4	41,3	44,3	17,3	9,5

Lfd. Nr.	Wirtschaftszweig	1971					
		insgesamt			Inland		
		Be- schäf- tigte	Umsatz 1)		Umsatz 1)	In- lands- quote 2)	Ar- beits- plätze 3)
			ins- gesamt	je Be- schäf- tigten			
		Anzahl	1 000 DM	DM	1 000 DM	%	Anzahl
1	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁴⁾	132 378	13 293 686	100 422	9 512 708	71,6	94 700
2	Mineralölverarbeitung	643	671 501	1 044 325	.	.	.
3	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	26 825	1 909 970	71 201	1 743 833	91,3	24 500
4	Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	6 457	1 092 395	169 180	757 295	69,3	4 500
5	Gießereien	7 717	364 455	47 228	333 993	91,6	7 100
6	Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	2 489	207 883	83 521	.	.	.
7	Chemische Industrie	72 091	7 884 555	109 369	4 815 870	61,1	44 000
8	Holzbearbeitung	5 612	421 364	75 083	400 153	95,0	5 300
9	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	4 284	328 651	76 716	278 611	84,8	3 600
10	Gummiverarbeitung	6 087	396 478	65 135	.	.	.
11	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	147 526	11 113 666	75 334	8 395 932	75,5	111 400
12	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	8 887	399 822	44 990	381 604	95,4	8 500
13	Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -einrichtungen	52 300	3 655 064	69 887	2 418 896	66,2	34 600
14	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraft- fahrzeugen usw.	34 686	4 485 653	129 322	3 543 617	75,5	28 100
15	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	2 562	210 916	82 325			
16	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	21 421	737 408	34 425	631 750	85,7	18 300
17	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	5 200	212 462	40 858	182 812	86,0	4 500
18	Stahlverformung	3 930	195 779	49 817	172 953	88,3	3 500
19	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	18 540	1 216 562	65 618	1 064 300	87,5	16 200
20	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	122 492	6 170 132	50 372	5 463 298	88,5	108 500
21	Feinkeramik	6 736	266 494	39 563	198 980	74,7	5 000
22	Herstellung und Verarbeitung von Glas	9 086	503 267	55 389	.	.	.
23	Holzverarbeitung	13 641	796 443	58 386	739 902	92,9	12 600
24	Herstellung von Musikinstrumenten usw.; Schmuckwaren, Edelsteingewerbe	3 235	173 942	53 769	108 200	62,2	2 000
25	Papier- und Pappeverarbeitung	6 764	417 652	61 746	405 974	97,2	6 600
26	Druckereien, Vervielfältigung	8 354	367 224	43 958	.	.	.
27	Herstellung von Kunststoffwaren	13 215	860 385	65 107	736 346	85,6	11 300
28	Ledererzeugung	1 375	94 573	68 780	61 330	64,8	900
29	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	5 179	208 807	40 318	196 560	94,1	4 900
30	Herstellung von Schuhen	29 301	1 269 062	43 311	1 186 304	93,5	27 400
31	Textilgewerbe	12 924	783 351	60 612	639 638	81,7	10 500
32	Bekleidungsgewerbe	12 682	428 932	33 822	411 751	96,0	12 200
33	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	24 117	4 240 759	175 841	4 120 239	97,2	23 400
34	Ernährungsgewerbe	22 874	4 056 620	177 346	.	.	.
35	Tabakverarbeitung	1 243	184 139	148 141	.	.	.
36	Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾	426 513	34 818 243	81 635	27 492 177	79,0	336 800

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Anteil des Inlandsumsatzes am Umsatz insgesamt. - 3) Verteilung der Arbeitsplätze geschätzt zwischen der Addition der Hauptgruppen und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt treten dadurch zwangsläufig Differenzen

Während das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, mit einem Anteil am Gesamtumsatz von nur 10% die kleinste Industriehauptgruppe, ebenfalls noch eine überdurchschnittlich günstige Entwicklung verzeichnete, stagnierte das wesentlich stärker konjunkturabhängige Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (+ 0,5%). Auch hier konnte der Rückgang der Inlandsumsätze um 1,9% durch verstärkte Exporte (+ 13,6%) kompensiert werden. Mit 17,3% liegt die Exportquote in diesem Bereich jedoch unter dem Durchschnitt aller Industriezweige. Immerhin sind hier rund 17 000 Beschäftigte an der Erstellung von Exportleistungen beteiligt. Zu dem Exportwachstum trugen hier vor allem die Papier- und Pappeverarbeitung (+ 34,3%), das Textilgewerbe (+ 28,2%) sowie die Herstellung von Kunststoffwaren (+ 13,6%) bei.

Exporte dienen zunehmend als Stütze einer schwachen Binnenkonjunktur

Strukturverschiebungen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes werden erst über einen längeren Zeitraum sichtbar. So zeigen sich bei einer Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1981 und 1971 deutliche Veränderungen im Exportgeschäft der rheinland-pfälzischen Industrie. In diesen zehn Jahren ist für die gesamte Industrie eine Erhöhung der Exportquote von gut einem Fünftel auf mehr als ein Drittel festzustellen. Die Zahl der vom Export bestimmten Arbeitsplätze erhöhte sich von 90 000 auf 139 000. Allerdings vollzog sich diese Veränderung nicht gleichmäßig. So folgte auf das Jahr der Hochkonjunktur 1970 mit einer Exportquote von 21,8% zunächst ein Rückgang auf 21%.

nach Wirtschaftszweigen 1971 und 1981
mit 20 und mehr Beschäftigten)

			1981									Lfd. Nr.
Ausland			insgesamt			Inland			Ausland			
Umsatz 1)	Ex- port- quote	Ar- beits- plätze 3)	Be- schäf- tigte	Umsatz 1)		Umsatz 1)	In- lands- quote 2)	Ar- beits- plätze 3)	Umsatz 1)	Ex- port- quote	Ar- beits- plätze 3)	
				ins- gesamt	je Be- schäf- tigten							
1 000 DM	%	Anzahl		1 000 DM	DM	1 000 DM	%	Anzahl	1 000 DM	%	Anzahl	
3 780 978	28,4	37 700	120 715	28 039 392	232 278	16 468 211	58,7	70 900	11 571 181	41,3	49 800	1
.	.	.	972	1 353 617	1 392 610	2
166 137	8,7	2 300	17 565	2 727 610	155 287	2 286 567	83,8	14 700	441 043	16,2	2 900	3
335 100	30,7	2 000	7 765	2 544 876	327 737	1 617 788	63,6	5 000	927 088	36,4	2 800	4
30 462	8,4	600	6 563	542 456	82 654	433 381	79,9	5 300	109 075	20,1	1 300	5
.	.	.	1 951	355 239	182 080	312 424	87,9	1 700	42 815	12,1	300	6
3 068 685	38,9	28 100	71 543	18 114 542	253 198	8 769 945	48,4	34 600	9 344 597	51,6	36 900	7
21 211	5,0	300	4 624	750 378	162 279	608 973	81,2	3 700	141 405	18,8	900	8
50 040	15,2	700	3 048	569 854	186 960	389 638	68,4	2 100	180 216	31,6	900	9
.	.	.	6 599	1 031 063	156 245	10
2 717 734	24,5	36 100	150 044	26 845 125	178 915	14 961 799	55,7	83 600	11 883 326	44,3	66 400	11
18 218	4,6	400	8 208	807 498	98 379	12
1 236 168	33,8	17 700	50 354	7 117 976	141 359	3 580 937	50,3	25 400	3 537 039	49,7	25 000	13
1 152 952	24,5	9 100	45 431	13 916 249	306 316	6 620 386	47,2	22 200	7 396 733	52,8	24 700	14
.	.	.	1 476	100 870	68 340							15
105 658	14,3	3 100	19 284	1 730 798	89 753	1 413 739	81,7	15 800	317 059	18,3	3 500	16
29 650	14,0	700	4 583	386 580	84 351	318 522	82,4	3 800	68 058	17,6	800	17
22 826	11,7	400	3 780	447 988	118 515	18
152 262	12,5	2 300	16 928	2 337 166	138 065	1 866 215	79,8	13 500	470 951	20,2	3 400	19
706 834	11,5	14 000	99 279	11 481 043	115 644	9 493 545	82,7	82 100	1 987 498	17,3	17 200	20
67 514	25,3	1 700	6 183	525 173	84 938	378 968	72,2	4 500	146 205	27,8	1 700	21
.	.	.	8 761	1 146 065	130 814	22
56 541	7,1	1 000	13 251	1 417 509	106 974	1 298 122	91,6	12 200	119 387	8,4	1 100	23
65 742	37,8	1 200	2 518	267 005	106 039	175 415	65,7	1 600	91 590	34,3	900	24
11 678	2,8	200	6 784	1 125 708	165 936	1 041 069	92,5	6 300	84 639	7,5	500	25
.	.	.	8 063	1 146 065	142 139	26
124 039	14,4	1 900	14 770	2 283 376	154 596	1 757 775	77,0	11 400	525 601	23,0	3 400	27
33 243	35,2	500	401	84 189	209 948	60 085	71,4	300	24 104	28,6	100	28
12 247	5,9	300	3 688	265 611	72 020	240 610	90,6	3 300	25 001	9,4	400	29
82 758	6,5	1 900	19 280	1 639 285	85 025	1 436 596	87,6	16 900	202 689	12,4	2 400	30
143 713	18,3	2 400	8 574	993 766	115 905	730 724	73,5	6 300	263 042	26,5	2 300	31
17 181	4,0	500	7 006	587 291	83 827	523 872	89,2	6 200	63 419	10,8	800	32
120 520	2,8	700	21 005	7 496 907	356 911	6 786 453	90,5	19 000	710 454	9,5	2 000	33
.	.	.	20 099	7 105 602	353 530	.	.	18 400	.	.	1 700	34
.	.	.	906	391 305	431 904	.	.	600	.	.	300	35
7 326 066	21,0	89 700	391 043	73 862 467	188 886	47 710 008	64,6	252 600	26 152 459	35,4	138 400	36

im Verhältnis Inlandsumsatz zum Auslandsumsatz. Zwischen der Addition der Wirtschaftszweige und Hauptgruppe sowie auf. - 4) Einschl. Bergbau.

Die Quote erhöhte sich dann wieder bis auf 30% im Jahre 1974. Als Folge der Ölpreiserhöhung 1973/74 ist der erwartete Aufschwung ausgeblieben. Die Exporte erwiesen sich jetzt zunehmend als Stütze einer schwachen Binnenkonjunktur, die durch die relativ günstige deutsche Wettbewerbsposition im Ausland gefestigt wurde. Von 1975 bis 1978 ergaben sich abnehmende Exportanteile bis auf 28,2%. Seit 1979 steigen die Quoten bis auf 35,4% im Jahre 1981.

Die stärkste Ausweitung der Auslandstätigkeit verzeichnete der Investitionsgüterbereich mit einer Erhöhung seiner Exportquote von 24,5% auf 44,3% (+ 19,8 Prozentpunkte), gefolgt vom Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 12,9 Prozentpunkte), dem Nah-

rungs- und Genußmittelbereich (+ 6,7 Prozentpunkte) und dem Verbrauchsgüterbereich (+ 5,8 Prozentpunkte). Während die Entwicklung der Exportquote im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe weitgehend parallel zur durchschnittlichen Entwicklung in der gesamten Industrie verlief, wies die Kurve der Exportquote im Investitionsgüterbereich, dessen Entwicklung am stärksten von Konjunkturschwankungen abhängig ist, größere Ausschläge auf. Die Phase steigender Quoten endete hier erst 1975 mit einem Exportanteil von 39,3%. Es folgten Abnahmen bis 1978 (33,2%) und wieder Zunahmen bis zu 44,3% im Jahre 1981. Die Entwicklung der weniger exportabhängigen Hauptgruppen Verbrauchsgüter- und Nahrungs- und Genußmittelbereich war relativ konstant.

Auslandsumsatz und Exportquoten der Industrie
nach Beschäftigtengrößenklassen 1981

Be- schäftigten- größen- klasse	Ver- arbei- tendes Ge- werbe ins- gesamt	Grund- stoff- und Produk- tions- güter ge- werbe	Investi- tions- güter produ- zierendes Ge- werbe	Ver- brauchs- güter produ- zierendes Ge- werbe	Nahr- ungs- und Genuß- mittel- ge- werbe
Anteil in %					
bis 49	1,6	0,8	1,3	5,9	8,6
50 - 99	2,7	1,8	2,2	7,1	12,9
100 - 199	4,9	2,4	3,5	13,2	48,2
200 - 499	8,7	4,7	7,7	52,8	30,3
500 - 999	7,5	6,1	6,7		
1 000 u.mehr	74,6	84,2	78,6	21,0	-
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Exportquote in %					
bis 49	7,1	6,2	6,8	9,0	6,3
50 - 99	11,7	14,0	13,4	9,8	8,0
100 - 199	17,3	20,2	19,5	15,0	15,3
200 - 499	19,2	15,3	29,0	.	.
500 - 999	23,2	29,2	33,9	.	.
1 000 u.mehr	57,2	54,8	62,5	30,4	-
Insgesamt	35,4	41,3	44,3	17,3	9,5

Unter den Herstellern von Investitionsgütern bestimmte der Kraftfahrzeug-, Schiff- und Luftfahrzeugbau die Entwicklung maßgeblich. Dort wurde 1971 noch knapp ein Viertel des Umsatzes im Ausland erzielt, 1981 mehr als die Hälfte (52,8%). Waren hier 1971 erst 9 000 Personen an der Herstellung von Exportgütern beteiligt, so belief sich die Zahl zehn Jahre später auf 25 000. Der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen, der 1981 fast die Hälfte seiner Leistungen im Ausland absetzte, hatte 1971 mit einer Exportquote von 33,8% dagegen bereits ein wesentlich höheres Niveau. Damals arbeiteten hier bereits 18 000 Menschen für den Export.

Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich hebt sich die chemische Industrie mit einer Ausdehnung des Exportanteils von knapp 39% im Jahre 1971 auf 51,6% heute besonders ab. Hier waren schon vor zehn Jahren 28 000 Arbeitsplätze für den Außenhandel besetzt. Einen hohen Exportanteil wies damals mit 30,7% außerdem die eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung auf, während die Gießereien, die Holzbearbeitung und die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeverarbeitung ihr Auslandsgeschäft überwiegend erst im Laufe dieser zehn Jahre ausgebaut haben.

1,3% der Betriebe bringen drei Viertel der Exportumsätze

Eine Untersuchung des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung zusammen mit der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz ergab, daß die Zahl der Exportprodukte von der Unternehmensgröße abhängt, während der Zusammenhang von Branche und Zahl der Exportprodukte weniger eindeutig ist. So vereinigten die 39 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 1 000 Beschäftigten - das sind nur

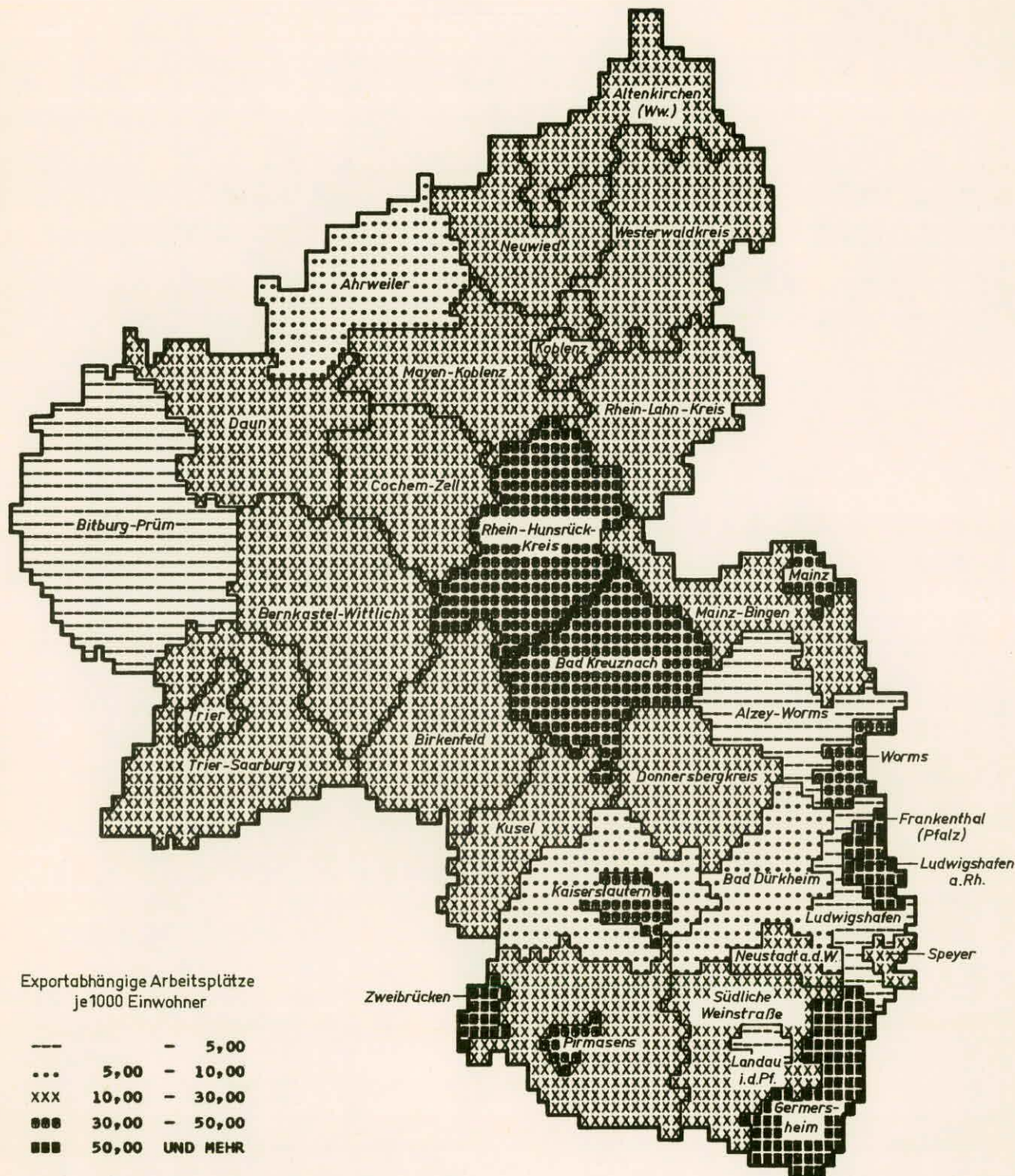
1,3% aller Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, aber 46,1% des Gesamtumsatzes - drei Viertel des gesamten Auslandsumsatzes auf sich. Die Exportquote dieser Großbetriebe lag mit 57,2% weit über den übrigen Betriebsgrößenklassen, wo sie sich im Durchschnitt auf 16,7% belief. Von den rund 139 000 für den Export Beschäftigten entfiel mehr als die Hälfte auf die Großbetriebe. Die geringsten Exportchancen hatten mit einer Quote von 7% die 1 606 Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten. In diesen Betrieben, die 56% aller Industrie- und Handwerksbetriebe ausmachen, waren 12% aller Beschäftigten tätig. Ihr Umsatzanteil betrug 8%. Zum Auslandsumsatz der Industrie trugen sie mit einem Anteil von 1,6% bei.

Mit zunehmender Betriebsgröße wächst die Beteiligung am Auslandsgeschäft. So erreichten die Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten eine Exportquote von 11,7%. Von Größenklasse zu Größenklasse nimmt der Ausfuhranteil im Abstand von 2 bis 6 Prozentpunkten relativ gleichmäßig zu und erreicht bei den Betrieben mit 500 bis 999 Beschäftigten 23,2%. Zur obersten Größenklasse ergibt sich erwartungsgemäß ein Sprung, weil diese mit einem Umsatz je Beschäftigten von über 250 000 DM eine Arbeitsproduktivität aufweist, die weit über den übrigen Betrieben liegt (150 000 DM).

Während im Nahrungs- und Genußmittelbereich kein rheinland-pfälzischer Betrieb mehr als 1 000 Personen beschäftigt und im Verbrauchsgüterbereich der Umsatzanteil der sieben Großbetriebe mit 12% relativ unbedeutend ist, verzeichnen der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich sowie der Investitionsgüterbereich eine starke Unternehmenskonzentration. So waren im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe die zehn Betriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten am Gesamtumsatz der Industrie in diesem Bereich mit nahezu zwei Dritteln (63%) beteiligt. Der Anteil dieser Betriebe am Auslandsumsatz belief sich sogar auf 84%. Damit lagen die Quoten der Großbetriebe hier noch deutlich über den entsprechenden Werten im Investitionsgüterbereich, wo bei insgesamt 22 Betrieben der Anteil des Umsatzes 56% und des Auslandsumsatzes 79% betrug. Demgegenüber ist im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich die unterste Betriebsgrößenklasse mit 371 Betrieben, einem Anteil am Gesamtumsatz von 5% und am Auslandsumsatz von weniger als 1% relativ schwach besetzt. Die 626 Betriebe des Investitionsgütergewerbes brachten es in dieser Größenklasse auf Anteile von 8,7 bzw. 1,3%. Aber auch der pro Betrieb erzielte Auslandsumsatz lag mit 255 000 DM im Investitionsgüterbereich höher als im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (235 000 DM).

Auf wesentlich höhere Anteile kamen die Kleinstbetriebe im Verbrauchsgüter- sowie im Nahrungs- und Genußmittelbereich, wo das Gesamtergebnis noch erheblich stärker von den mittelständischen Unternehmen beeinflusst wird. Hier erreichte das Kleinstgewerbe einen Anteil am Gesamtumsatz von etwa 12% und am Auslandsumsatz zwischen 6 und 9%. Im Verbrauchsgüterbereich waren in dieser Größenklasse

Relative Exportabhängigkeit der Industriebetriebe nach Verwaltungsbezirken 1981



Inlands- und Auslandsumsätze der Industrie
(Industrie- und Handwerksbetriebe)

Verwaltungsbezirk	1971								
	insgesamt			Inland			Ausland		
	Beschäftigte	Umsatz 1)		Umsatz 1)	Inlandsquote 2)	Arbeitsplätze 3)	Umsatz 1)	Exportquote	Arbeitsplätze 3)
		insgesamt	je Beschäftigten						
	Anzahl	1 000 DM	DM	1 000 DM	%	Anzahl	1 000 DM	%	Anzahl
Kreisfreie Stadt Koblenz	8 882	901 789	101 530	810 839	89,9	8 000	90 950	10,1	900
Landkreise									
Ahrweiler	8 699	562 674	64 683	506 677	90,0	7 800	55 997	10,0	900
Altenkirchen (Ww.)	17 661	1 283 766	72 689	1 154 313	89,9	15 900	129 453	10,1	1 800
Bad Kreuznach	17 754	952 645	53 658	808 937	84,9	15 100	143 708	15,1	2 700
Birkenfeld	7 336	426 472	58 134	337 100	79,0	5 800	89 372	21,0	1 500
Cochem-Zell	3 228	221 238	68 537	203 110	91,8	2 900	18 128	8,2	300
Mayen-Koblenz	19 008	1 889 541	99 408	1 582 255	83,7	15 900	307 286	16,3	3 100
Neuwied	19 894	1 553 080	78 068	1 347 700	86,8	17 300	205 380	13,2	2 600
Rhein-Hunsrück-Kreis	6 861	393 065	57 290	312 276	79,4	5 500	80 789	20,6	1 400
Rhein-Lahn-Kreis	8 626	641 152	74 328	534 832	83,4	7 200	106 320	16,6	1 400
Westerwaldkreis	19 423	1 058 631	54 504	925 294	87,4	17 000	133 337	12,6	2 400
RB Koblenz	137 372	9 884 053	71 951	8 523 333	86,2	118 500	1 360 720	13,8	18 900
Kreisfreie Stadt Trier	11 537	949 054	82 262	806 941	85,0	9 800	142 113	15,0	1 700
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	5 240	430 377	82 133	402 368	93,5	4 900	28 009	6,5	300
Bitburg-Prüm	3 536	255 444	72 241	239 291	93,7	3 300	16 153	6,3	200
Daun	3 802	255 074	67 089	243 846	95,6	3 600	11 228	4,4	200
Trier-Saarburg	7 460	417 377	55 949	327 516	78,5	5 900	89 861	21,5	1 600
RB Trier	31 575	2 307 326	73 074	2 019 962	87,5	27 700	287 364	12,5	3 900
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	12 146	684 411	56 349	515 047	75,3	9 100	169 364	24,7	3 000
Kaiserslautern	17 181	733 859	42 713	587 050	80,0	13 700	146 809	20,0	3 500
Landau i.d.Pfalz	4 518	218 447	48 350	207 580	95,0	4 300	10 867	5,0	200
Ludwigshafen a.Rhein	64 898	6 452 950	99 432	3 708 702	57,5	37 300	2 744 248	42,5	27 600
Mainz	26 203	3 053 869	116 547	2 412 422	79,0	20 700	641 447	21,0	5 500
Neustadt a.d.Weinstr.	4 819	305 540	63 403	264 161	86,5	4 200	41 379	13,5	600
Pirmasens	12 824	678 042	52 873	601 721	88,7	11 400	76 321	11,3	1 400
Speyer	7 976	595 974	74 721	559 050	93,8	7 500	36 924	6,2	500
Worms	12 910	1 434 434	111 110	1 277 121	89,0	11 500	157 313	11,0	1 400
Zweibrücken	7 000	326 664	46 666	243 039	74,4	5 200	83 625	25,6	1 800
Landkreise									
Alzey-Worms	4 011	259 864	64 788	248 875	95,8	3 800	10 989	4,2	200
Bad Dürkheim	9 531	573 123	60 133	532 708	92,9	8 800	40 415	7,1	700
Donnersbergkreis	6 685	429 750	64 286	371 563	86,5	5 800	58 187	13,5	900
Germersheim	13 893	3 372 428	242 743
Kaiserslautern	5 324	260 218	48 876	245 132	94,2	5 000	15 086	5,8	300
Kusel	4 461	172 353	38 636	152 628	88,6	4 000	19 725	11,4	500
Südliche Weinstraße	7 027	437 361	62 240
Ludwigshafen	4 156	275 945	66 397	246 814	89,4	3 700	29 131	10,6	500
Mainz-Bingen	15 300	1 562 665	102 135	1 319 346	84,4	12 900	243 319	15,6	2 400
Pirmasens	16 703	798 967	47 834	741 317	92,9	15 500	57 050	7,1	1 200
RB Rheinhessen-Pfalz	257 566	22 626 864	87 849	16 948 882	74,9	192 900	5 677 982	25,1	64 700
Kammerbezirke									
Rheinhessen	58 424	6 310 832	108 018	5 257 764	83,3	48 700	1 053 068	16,7	9 700
Pfalz	199 142	16 316 032	81 932	11 691 118	71,7	142 700	4 624 914	28,3	56 400
Rheinland-Pfalz	426 513	34 818 243	81 635	27 492 177	79,0	336 800	7 326 066	21,0	89 700
Kreisfreie Städte	190 894	16 335 033	85 571	11 993 673	73,4	140 200	4 341 360	26,6	50 700
Landkreise	235 619	18 483 210	78 445	15 498 504	83,9	197 600	2 984 706	16,1	38 000

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Anteil des Inlandsumsatzes am Umsatz insgesamt. - 3) Verteilung der Arbeitsplätze geschätzt zwischen der Addition den Hauptgruppen und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt treten dadurch zwangsläufig Differenzen auf.

nach Verwaltungsbezirken 1971 und 1981
mit 20 und mehr Beschäftigten)

1981									Verwaltungsbezirk
insgesamt			Inland			Ausland			
Beschäftigte	Umsatz 1)		Umsatz 1)	Inlandsquote 2)	Arbeitsplätze 3)	Umsatz 1)	Exportquote	Arbeitsplätze 3)	
	insgesamt	je Beschäftigten							
Anzahl	1 000 DM	DM	1 000 DM	%	Anzahl	1 000 DM	%	Anzahl	
8 831	1 659 299	187 895	1 352 541	81,5	7 200	306 758	18,5	1 600	Kreisfreie Stadt Koblenz
6 766	1 003 931	148 379	878 737	87,5	5 900	125 194	12,5	900	Landkreise
15 594	2 048 709	131 378	1 687 563	82,4	12 800	361 146	17,6	2 800	Ahrweiler
15 346	2 092 157	136 332	1 406 161	67,2	10 300	685 996	32,8	5 000	Altenkirchen (Ww.)
6 329	821 991	129 877	597 580	72,7	4 600	224 411	27,3	1 700	Bad Kreuznach
3 250	537 918	165 513	434 750	80,8	2 700	103 168	19,2	600	Birkenfeld
16 099	3 275 485	203 459	2 402 745	73,4	11 800	872 740	26,6	4 300	Cochem-Zell
17 056	2 655 771	155 709	2 054 369	77,4	13 200	601 402	22,6	3 900	Mayen-Koblenz
7 584	1 030 587	135 890	667 470	64,8	4 900	363 117	35,2	2 700	Neuwied
7 636	1 174 790	153 849	895 694	76,2	5 800	279 096	23,8	1 800	Rhein-Hunsrück-Kreis
18 333	2 094 904	114 270	1 684 731	80,4	14 700	410 173	19,6	3 600	Rhein-Lahn-Kreis
									Westerwaldkreis
122 824	18 395 542	149 772	14 062 341	76,4	93 900	4 333 201	23,6	28 900	RB Koblenz
10 678	2 118 538	198 402	1 672 257	78,9	8 400	446 281	21,1	2 300	Kreisfreie Stadt Trier
7 626	1 396 129	183 075	1 188 626	85,1	6 500	207 503	14,9	1 100	Landkreise
4 824	712 974	147 797	664 279	93,2	4 500	48 695	6,8	300	Bernkastel-Wittlich
4 319	610 547	141 363	562 705	92,2	4 000	47 842	7,8	300	Bitburg-Prüm
6 956	798 466	114 788	563 910	70,6	4 900	234 556	29,4	2 100	Daun
									Trier-Saarlouis
34 403	5 636 654	163 842	4 651 777	82,5	28 400	984 877	17,5	6 000	RB Trier
10 768	1 246 559	115 765	806 680	64,7	7 000	439 879	35,3	3 800	Kreisfreie Städte
17 775	1 122 032	63 124	824 389	73,5	13 100	297 643	26,5	4 700	Frankenthal (Pfalz)
2 995	391 314	130 656	375 618	96,0	2 900	15 696	4,0	100	Kaiserslautern
63 193	15 773 429	249 607	7 159 254	45,4	28 700	8 614 175	54,6	34 500	Landau i.d.Pfalz
23 898	5 337 897	223 362	3 639 750	68,2	16 300	1 698 147	31,8	7 600	Ludwigshafen a.Rhein
3 036	375 727	123 757	257 106	68,4	2 100	118 621	31,6	900	Mainz
10 524	1 315 403	124 991	1 077 404	81,9	8 600	237 999	18,1	1 900	Neustadt a.d.Weinstr.
7 633	1 407 620	184 412	1 304 289	92,7	7 100	103 331	7,3	500	Pirmasens
10 091	2 079 789	206 103	1 559 185	75,0	7 600	520 604	25,0	2 500	Speyer
5 950	829 189	139 359	377 890	45,6	2 700	451 299	54,4	3 300	Worms
									Zweibrücken
2 101	350 773	166 955	313 975	89,5	1 900	36 798	10,5	200	Landkreise
7 220	1 263 262	174 967	1 083 199	85,7	6 200	180 063	14,3	1 000	Alzey-Worms
6 344	995 210	156 874	830 662	83,5	5 300	164 548	16,5	1 000	Bad Dürkheim
17 470	11 415 093	653 411	Donnersbergkreis
5 554	586 967	105 684	507 584	86,5	4 800	79 383	13,5	800	Germersheim
4 142	376 229	90 833	297 834	79,2	3 300	78 395	20,8	800	Kaiserslautern
5 757	804 469	139 738	Kusel
3 376	478 342	141 689	410 352	85,8	2 900	67 990	14,2	500	Südliche Weinstraße
13 376	2 448 435	183 047	2 020 194	82,5	11 000	428 241	17,5	2 400	Ludwigshafen
12 613	1 232 516	97 718	1 069 953	86,8	10 900	162 563	13,2	1 700	Mainz-Bingen
									Pirmasens
233 816	49 830 255	213 117	28 995 901	58,2	136 000	20 834 354	41,8	97 800	RB Rheinhessen-Pfalz
49 466	10 216 894	206 544	7 533 104	73,7	36 500	2 683 790	26,3	13 000	Kammerbezirke
184 350	39 613 361	214 881	21 462 797	54,2	99 900	18 150 564	45,8	84 500	Rheinhessen
									Pfalz
391 043	73 862 451	188 886	47 710 019	64,6	252 600	26 152 432	35,4	138 400	Rheinland-Pfalz
175 372	33 656 796	191 917	20 406 363	60,6	106 300	13 250 433	39,4	69 100	Kreisfreie Städte
215 671	40 205 655	186 421	27 303 656	67,9	146 500	12 901 999	32,1	69 200	Landkreise

im Verhältnis Inlandsumsatz zum Auslandsumsatz. Zwischen der Addition der Wirtschaftszweige und Hauptgruppen sowie

Land	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Hamb- urg	Nieder- sachsen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
	%											
Grundstoff- und Produktions- gütergew. (einschl. Bergbau)	23,8	18,6	.	23,6	.	27,0	32,6	41,3	18,7	.	29,2	17,9
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	37,3	33,1	29,7	42,5	.	33,9	34,2	44,3	37,8	40,7	.	23,7
Verbrauchsgüter produ- zierendes Gewerbe	15,9	8,3	15,4	16,2	.	16,7	13,7	17,3	16,0	16,6	.	5,1
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	8,0	7,3	12,2	7,9	.	6,5	4,7	9,5	7,5	12,9	.	1,5
Verarbeitendes Gewerbe Insgesamt	26,0	18,9	10,6	27,8	22,4	26,1	28,3	35,4	28,0	28,0	30,5	10,7

mit 1 300 ebenso viele Arbeitsplätze mit dem Auslandsgeschäft verbunden wie im Investitionsgüterbereich.

Die Exportquote als Gradmesser für die Größe der Exportabhängigkeit der Betriebe weist im Investitionsgüterbereich den größten Unterschied zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen auf. Der Abstand zwischen der untersten und der obersten Klasse beträgt hier 56 Prozentpunkte gegenüber 49 im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und 50 Prozentpunkten im verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Daß mit zunehmender Betriebsgröße die Exportneigung wächst, wird durch das mit 1 126 Betrieben (39%) am stärksten besetzte Investitionsgüter produzierende Gewerbe am besten bestätigt. Die Exportquote steigt hier, ausgehend von 6,8% bei den Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, von Größenklasse zu Größenklasse zwischen 5 und 10 Prozentpunkte an und erreicht bei den Betrieben mit 500 bis 999 Beschäftigten 34%.

In der mit knapp 600 Betrieben nach dem Nahrungs- und Genußmittelbereich (232 Betriebe) am schwächsten besetzten Industriehauptgruppe Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe steigt die Exportquote ausgehend von 6,2% für die unterste Größenklasse bis zur Klasse mit 500 bis 999 Beschäftigten mit 29,2% relativ gleichmäßig an. Aus dem Rahmen fallen hier aber mit 15,3% die Betriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten, bei denen man eine Quote um die 25% erwartet hätte. Die ungewöhnlich niedrige Exportquote ist in dieser Größenklasse durch die Besonderheit eines Wirtschaftszweiges bedingt.

Die Exporttätigkeit der Großbetriebe hat sich im Laufe der Jahre stärker ausgeweitet als in den kleineren Betrieben. Bei einer Erhöhung der durchschnittlichen Exportquote aller Industriebetriebe von 28% im Jahre 1978 auf 35% im Jahre 1981 steigerten die Großbetriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten ihren Exportanteil von 48 auf 57%. Dagegen betrug der Abstand in den Größenklassen unter 200 Beschäftigten zwischen + 0,5 und + 1,7 Prozentpunkten und bei den Betrieben mit 200 bis unter 1 000 Beschäftigten durchschnittlich + 3,7 Prozentpunkte. Der Anteil des Auslandsumsatzes der Betriebe mit 1 000

und mehr Beschäftigten am Auslandsumsatz der gesamten Industrie erhöhte sich in dieser Zeit von 71 auf 75%, während sich das Gewicht der kleineren und mittleren Betriebe entsprechend verringerte.

Schwerpunkte der Exportindustrie in Ludwigshafen und Zweibrücken

Für den regionalen Vergleich wird die Zahl der Arbeitsplätze für das Auslandsgeschäft mit der Einwohnerzahl in Beziehung gesetzt. Die hierbei gewonnene Dichteiffer belief sich 1981 in Rheinland-Pfalz auf 38 Beschäftigte je 1 000 Einwohner. Gegenüber 1971 hat sie sich um 58% erhöht. Die weitaus größte Zahl wurde mit 54 Beschäftigten im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz gemessen. In den Bezirken Koblenz und Trier waren 21 bzw. 13 Beschäftigte je 1 000 Einwohner im Exportgeschäft tätig. Während sich diese Ziffer in Rheinhessen-Pfalz und Koblenz in den letzten zehn Jahren jeweils um die Hälfte erhöhte, nahm sie im Bezirk Trier um 63% zu. Die Exportquote der im Regierungsbezirk Trier ansässigen Industriebetriebe konnte gleichzeitig um fünf Prozentpunkte auf 17,5% gesteigert werden. Der Anstieg blieb dennoch hinter demjenigen der Bezirke Rheinhessen-Pfalz und Koblenz zurück, wo sich die Exportquoten um 16,7 bzw. 9,8 Prozentpunkte auf 42 bzw. 24% erhöhten.

Mit mehr als 50% verzeichneten die Industriebetriebe in den Städten Ludwigshafen und Zweibrücken sowie im Landkreis Germersheim die höchsten Anteile des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. In diesen Gebieten ist jeweils ein Großbetrieb ansässig, der das Gesamtergebnis entscheidend beeinflusst. Der Abstand der hier ermittelten durchschnittlichen Exportquote zu den übrigen Gebieten betrug im vergangenen Jahr 19 Prozentpunkte. Im Jahre 1971, als die obengenannten Verwaltungsbezirke mit Quoten zwischen 26 (Zweibrücken) und 43 (Ludwigshafen) ebenfalls an der Spitze lagen, hatte sich der Abstand zu den übrigen nur auf 0,9 Prozentpunkte belaufen.

Heute arbeiten in den drei Verwaltungsbezirken mit der höchsten Exportquote 22% aller Industriebeschäftigten (391 000). An den insgesamt 139 000 Beschäftigten des Landes, deren Arbeitsplätze mit dem Export verbunden sind, waren sie dagegen zu gut einem Drit-

tel beteiligt. Bezieht man die Zahl der durch Export bestimmten Arbeitsplätze auf die Einwohnerzahl der jeweiligen Region, so steht die Stadt Ludwigshafen mit 217 Beschäftigten je 1 000 Einwohner weit an der Spitze. Über dem Landesdurchschnitt von 38 Beschäftigten liegen außerdem die Städte Mainz, Zweibrücken, Frankenthal, Kaiserslautern und Pirmasens sowie der Landkreis Germersheim. Im Jahre 1971 hatten die Städte Ludwigshafen, Frankenthal und Zweibrücken, der Landkreis Germersheim und die Städte Kaiserslautern, Mainz und Pirmasens einen überdurchschnittlich hohen Anteil.

Rheinland-Pfalz Bundesland mit höchster Exportquote

Rheinland-Pfalz liegt im Jahre 1981 mit einer Exportquote von 35,4% an der Spitze aller Bundesländer vor dem Saarland (30,5%), das 1971 die Reihe der Bundesländer angeführt hatte. Danach folgen in absteigender Reihenfolge die Länder Hessen (28,2%), Baden-Württemberg, Bayern (jeweils 28%) und Niedersachsen (27,8%). Die geringste Exportquote haben die Stadtstaaten Hamburg (10,6%) und Berlin (11,1%). Bei einem Anteil des Gesamtumsatzes der rheinlandpfälzischen Industrie an demjenigen des Bundesgebietes von 5,9% belief sich der Anteil des Auslandsumsatzes auf 8%. Er lag damit fast auf der gleichen Höhe wie in Hessen (8,1%). Zehn Jahre zuvor waren die Länder Rheinland-Pfalz und Hessen noch zu 5,8

und 8,9% am Auslandsumsatz des Bundesgebietes beteiligt gewesen.

Mit 185 000 sind in Hessen zur Zeit mehr Arbeitsplätze durch das Exportgeschäft besetzt als in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz rangiert hier wegen der hohen Produktivität seiner Industriebetriebe - sie lag 1981 mit einem Umsatz je Beschäftigten von 189 000 DM deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 168 000 DM - an sechster Stelle. Die meisten Arbeitsplätze, die an der Herstellung von Exportartikeln beteiligt sind, gibt es naturgemäß in dem am stärksten industrialisierten Bundesland Nordrhein-Westfalen (560 000), gefolgt von Baden-Württemberg (410 000) und Bayern (381 000). Während in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Arbeitsplätze für den Export seit 1971 stagnierte, hat sie sich in Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte erhöht (+ 54%).

Bezieht man die für den Export tätigen Arbeitsplätze auf die Wohnbevölkerung folgt Rheinland-Pfalz mit 38 Arbeitsplätzen je 1 000 Einwohner Baden-Württemberg und dem Saarland (jeweils 44). Überdurchschnittliche Arbeitsplatzziffern haben noch Bayern (35), Nordrhein-Westfalen und Hessen (jeweils 33), während Berlin (10) und Hamburg (11) darunter bleiben. Mit 24 für den Export tätigen Arbeitsplätzen je 1 000 Einwohner hatte Rheinland-Pfalz im Jahre 1971 noch an achter Stelle unter allen Bundesländern gestanden.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Krankenhausbedarfsplanung

Rheinland-Pfalz ist nach § 6 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) in Verbindung mit § 3 des Landesgesetzes zur Reform des Krankenhauswesens in Rheinland-Pfalz (KRG) verpflichtet, Krankenhausbedarfspläne aufzustellen. In diesem Plan sind alle Krankenhäuser, die zur Versorgung der Bevölkerung benötigt werden, in Übereinstimmung mit der Landesentwicklungsplanung, insbesondere der Anlehnung an das Netz der zentralen Orte, in ein bedarfsgerechtes und abgestuftes System einzuordnen. Fachliche und

organisatorische Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen. In dem Landeskrankenhausplan ist ferner die jeweils bestehende und künftige Aufgabenstellung jedes Krankenhauses mit der Zahl der Krankenhausbetten und ihre Aufteilung auf die einzelnen Fachabteilungen anzugeben.

Abgestellt auf den Unterbau der vorhandenen Strukturen ist es das Ziel der Planung, die Krankenhausversorgung mit einem System einander ergänzender,

Krankenhaustätigkeit in Krankenhäusern für Akutkranke in den Ländern des Bundesgebiets 1971 - 1980

Land	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Krankenhausaufnahmen je 1 000 Einwohner										
Schleswig-Holstein	111,5	112,6	114,2	115,5	118,2	120,5	123,7	127,5	124,5	129,1
Hamburg	152,6	158,5	159,0	164,1	168,0	176,7	195,2	200,6	185,0	188,8
Niedersachsen	124,1	125,0	127,9	134,1	133,0	138,4	141,4	144,7	144,6	148,2
Bremen	166,5	167,2	169,4	176,9	183,0	190,9	199,5	211,2	207,5	210,9
Nordrhein-Westfalen	138,7	139,1	141,2	143,8	145,3	150,7	154,8	159,2	157,5	160,7
Hessen	125,3	126,9	124,6	127,5	128,8	134,8	139,7	143,4	144,2	146,9
Rheinland-Pfalz	136,3	136,9	139,1	142,5	143,1	148,1	149,9	153,9	156,2	162,3
Baden-Württemberg	128,2	128,9	129,7	135,6	138,5	144,6	149,0	154,6	158,2	162,0
Bayern	133,9	135,0	136,9	139,9	142,5	147,6	148,7	153,8	154,7	156,7
Saarland	146,4	148,1	153,2	159,0	158,6	163,1	167,1	173,0	176,8	183,0
Berlin (West)	150,6	154,9	159,0	164,3	167,2	177,8	185,4	187,7	183,6	184,8
Bundesgebiet	133,4	134,5	136,1	139,9	141,6	147,2	151,1	155,6	155,4	158,6

Quelle: Statistisches Bundesamt (es liegt die Zählweise der statistischen Ämter, nicht die dem KHG entsprechende Abgrenzung zugrunde).

miteinander kooperierender Krankenhäuser mit unterschiedlicher Größe und Aufgabenstellung sicherzustellen.

Kriterien der Zielplanung

Grundlage für die Erreichung der genannten Ziele ist eine Bedarfsschätzung. Die Nutzungsdauer eines Krankenhauses beträgt etwa 50 Jahre. Krankenhäuser, die heute geplant und gebaut werden, müssen dem Bedarf sowohl der heutigen als auch wenigstens der nächsten Generation entsprechen. Dies stellt an die Zielplanung besonders hohe Anforderungen. Grundlagen der Bedarfsermittlung sind vor allem

- (1) Einwohnerzahl,
- (2) Grund der Krankenhaushäufigkeit,
- (3) Verweildauer,
- (4) Bettennutzung (Belegungsgrad).

Bei der Ermittlung dieser Bedarfsdeterminanten, mit deren Hilfe sich nach der Formel

$$\text{Einw.} \times \text{Krankenhaushäufigkeit} \times \text{Verweildauer} \times 100 \\ \frac{1.000 \times 365 \times \text{Bettennutzung}}{\text{Gesamtbedarf}}$$

der Gesamtbedarf errechnet, müssen daher absehbare Änderungen in der Zukunft berücksichtigt werden. Da sich die Planung auf die Zukunft bezieht, tritt neben die Schwierigkeit, Fakten der Gegenwart als Entscheidungsgrundlage zu ermitteln, das Problem der Prognose.

Einwohnerzahl

Die Entwicklung der Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz stagniert. Es ist damit zu rechnen, daß der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf 15% sinkt. Diese Auswirkungen treffen im Krankenhausbereich vor allem die Geburtshilfe und die Pädiatrie. Hier ist eine stärkere Konzentration der Einrichtungen aus ärztlichen und wirtschaftlichen Gründen unabwendbar.

Wichtig ist auch die bevölkerungspolitische Entwicklung älterer Menschen. Der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt an, was die Krankenhausplanung gerade unter dem Blickwinkel der Morbidität vor große Probleme stellen wird.

Ein Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Bundesländer über mögliche Auswirkungen aus den Modellrechnungen zur langfristigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Bund und Ländern kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Aufteilung in vier Altersgruppen (bis 14, 15 bis 39, 40 bis 64, ab 65 Jahren) deutlich macht, daß der Anteil von Kranken bei Personen von 40 bis 64 Jahren etwa doppelt so hoch, bei älteren Menschen ab 65 Jahren sogar mehr als viermal so hoch ist wie bei Personen unter 40 Jahren. Man kann daher davon ausgehen, daß Ende dieses Jahrzehnts 15% der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren stationär zu versorgen sein werden. Dazu wird ein weiterer Teil von rund 15% der Bevölkerung kommen, die dann im Vor-Rentenalter stehen.

Krankenhaushäufigkeit

Die Krankenhaushäufigkeit (Zahl der Krankenaufnahmen pro 1 000 Einwohner und Kalenderjahr) ist allgemein ein Ausdruck für den Bedarf an Krankenhausleistungen. Sie wird von den Veränderungen der Einwohnerzahl (Wanderungsbewegungen, Verschiebungen im Altersaufbau, zahlenmäßiges Verhältnis der Geschlechter und Anteil der Erwerbsbevölkerung, Änderung der Siedlungsdichte) nachhaltig beeinflusst.

Die Krankenhaushäufigkeit hat in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren stetig zugenommen. 1971 hatte sie bei 136 gelegen, 1976 bei 148 und 1980 erreichte sie 162. Damit rangiert Rheinland-Pfalz leicht über dem Bundesdurchschnitt (1976: 147; 1980: 159).

Der Anstieg der Krankenhaushäufigkeit hat neben der veränderten Bevölkerungsstruktur sehr unterschiedliche Gründe:

- Frauen im gebärfähigen Alter weisen eine höhere Krankenhaushäufigkeit auf als Männer.
- Die soziale Struktur hat Einfluß auf die Krankenhaushäufigkeit.
- Die Einweisungsgewohnheiten der niedergelassenen Ärzte ändern sich.
- Umfang und Qualität des Leistungsangebots der Krankenhäuser selbst beeinflussen die Krankenhaushäufigkeit.
- Ambulante und stationäre Institutionen, wie Sozialstationen und Einrichtungen der Kranken- und Al-

Durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern für Akutkranke in den Ländern des Bundesgebiets 1971 – 1980

Land	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Tage									
Schleswig-Holstein	15,4	15,3	15,3	15,0	14,8	14,4	14,0	13,9	13,7	13,6
Hamburg	18,0	17,9	17,6	17,3	16,5	15,9	14,6	14,3	15,2	14,9
Niedersachsen	17,3	17,1	17,2	16,6	16,5	16,0	15,6	15,3	15,3	14,7
Bremen	17,5	18,1	17,7	17,3	16,4	16,0	15,7	17,9	18,1	17,7
Nordrhein-Westfalen	18,5	18,5	18,1	17,8	17,3	16,8	16,4	15,9	15,9	15,5
Hessen	17,0	16,6	16,6	16,3	15,9	15,4	15,0	14,6	14,3	13,9
Rheinland-Pfalz	17,5	17,5	17,3	17,2	16,7	16,2	16,1	15,7	15,5	15,5
Baden-Württemberg	16,9	16,7	16,6	15,7	15,0	14,4	14,1	13,6	13,3	12,9
Bayern	17,6	17,5	17,2	16,9	16,5	16,2	15,9	15,2	14,8	14,5
Saarland	18,7	18,7	18,7	18,4	18,0	17,5	17,4	17,1	16,6	16,2
Berlin (West)	25,2	25,6	25,2	24,4	23,4	23,7	22,8	22,6	21,3	21,5
Bundesgebiet	17,9	17,8	17,6	17,2	16,7	16,3	15,8	15,5	15,2	14,9

Quelle: Statistisches Bundesamt (es liegt die Zählweise der statistischen Ämter, nicht die dem KHG entsprechende Abgrenzung zugrunde).

Land	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Belegungsgrad in %										
Schleswig-Holstein	84,0	83,4	83,5	81,6	81,2	80,8	80,7	81,3	78,9	81,1
Hamburg	78,2	80,3	78,8	79,8	78,5	80,0	81,4	82,1	81,5	82,6
Niedersachsen	85,6	83,5	84,2	83,6	82,5	81,3	81,3	81,5	81,3	81,7
Bremen	87,3	85,9	84,6	82,9	81,1	79,2	80,8	84,0	82,9	82,4
Nordrhein-Westfalen	85,8	85,2	84,3	84,1	80,9	81,8	82,4	83,2	83,0	83,3
Hessen	87,6	85,2	84,6	82,3	81,0	81,4	82,0	82,3	82,3	82,3
Rheinland-Pfalz	84,9	84,1	84,2	84,4	82,3	82,9	84,1	84,7	85,0	84,3
Baden-Württemberg	86,0	84,0	84,4	82,5	80,0	80,7	80,8	82,3	82,1	82,0
Bayern	88,8	87,6	86,6	86,4	84,2	84,5	84,2	85,7	85,1	84,8
Saarland	80,4	81,1	82,4	83,7	83,2	80,6	83,1	84,9	86,8	87,8
Berlin (West)	90,8	88,8	89,5	88,8	85,7	86,5	87,2	85,7	86,9	86,3
Bundesgebiet	86,2	85,1	84,7	84,1	81,8	82,2	82,6	83,4	83,2	83,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (es liegt die Zählweise der statistischen Ämter, nicht die dem KHG entsprechende Abgrenzung zugrunde).

tenhilfe, wirken krankenhaushäufigkeit und krankenhausergänzend. Sie tragen zur Senkung der Krankenhaushäufigkeit bei.

- Die Zunahme der Zivilisationskrankheiten (Ernährungsfehler, Bewegungsarmut und Mißbrauch von Nikotin und Alkohol) steigern die Krankenhaushäufigkeit.

Verweildauer

Die Faktoren, die die Krankenhaushäufigkeit bestimmen, beeinflussen zum großen Teil auch die Verweildauer (Anzahl der Tage, die ein Patient stationär im Krankenhaus verbringt). Die Entwicklung der Verweildauer ist rückläufig. Sie ging in Rheinland-Pfalz von 18,3 Tagen im Jahre 1969 auf 15,9 Tage 1981 zurück (Allgemeinkrankenhäuser, die nach KHG gefördert werden, ohne Psychiatrie).

Gegenläufige Tendenzen ergeben sich hier durch eine veränderte Altersstruktur, durch neue Diagnose- und Therapiemöglichkeiten, die den Krankenhausaufenthalt sowohl verkürzen aber auch verlängern können, weil manche Krankheiten in Zukunft in zum Teil langdauernden Prozessen heilbar sind, und durch das vorhandene Bettenangebot. Ein zu hohes Bettenangebot führt zu einer Verlängerung, ein nicht ausreichendes Bettenangebot zu einer Verkürzung der Verweildauer.

Bettennutzung (Belegungsgrad)

Infolge von Schwankungen der Inanspruchnahme von Krankenhausbetten und -leistungen (oszillierendes Auftreten von Krankheiten, saisonale Schwankungen, Leerstehtage an Feiertagen und bei Patientenwechsel) kann eine volle Auslastung bzw. Belegung der Betten während des ganzen Jahres nicht erreicht werden. Die dadurch bedingten Schwankungen müssen durch entsprechende Kapazitätsreserven ausgeglichen werden. Bei stärkerer Inanspruchnahme des Krankenhauses muß es möglich sein, durch eine flexible Bettennutzung den Bedarf aufzufangen.

Aufgrund praktischer Erfahrungen wird eine durchschnittliche Bettennutzung - das ist die durchschnittliche Belegung der Betten eines Krankenhauses in einem Kalenderjahr - von 85% als Normalbelegung

bezeichnet. Sie ist wirtschaftlich vertretbar und berücksichtigt den Anspruch der Bevölkerung auf eine bedarfsgerechte Bettenreserve. Die Krankenhausplanung geht von diesem Wert aus.

Trotz rückläufiger Verweildauer haben die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser 1980 diesen Wert erreicht (Bundesgebiet 83%). 1981 lag der Ausnutzungsgrad bei 85,4%. Hier dürfte sich das vermehrte Leistungsangebot im ambulanten Bereich und ein verändertes Einweisungsverhalten der Ärzte bemerkbar gemacht haben.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt geht davon aus, daß künftig weniger Betten benötigt werden, um die stationäre Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. In diesem Zusammenhang nannte der Landeskrankenhausplan 1977 in seiner Zielplanung eine Bettenzahl von 26 739 als ausreichend. Die Zahl bedarf ständiger Überprüfung. Der Bestand an Krankenhausbetten hat sich in der Zeit vom 1. Januar 1977 - dem maßgeblichen Stichtag der Landeskrankenhausplanung 1977 - bis zum 1. Juli 1982 von 27 024 auf 26 801 Betten verringert. Dabei handelt es sich um alle nach dem KHG geförderten Betten einschließlich der Betten der Universitätskliniken Mainz.

Diese Entwicklung bedeutet nicht nur eine Reduzierung nicht mehr bedarfsgerechter Betten, sondern auch die Vermehrung von Betten dort, wo dies zur Verbesserung der stationären Versorgung durch Neubau, neue Abteilungen oder Umstrukturierung notwendig war. Die Zielplanung des Landeskrankenhausplanes 1977 geht von einem Gesamtbedarf von 26 739 Betten aus. Dieses Ziel soll bis zur nächsten Planfortschreibung, die für 1984/85 vorgesehen ist, erreicht werden.

Bettenüberhang im Krankenhausbereich

Dieses Thema hat in der öffentlichen Diskussion in der letzten Zeit einen sehr hohen Rang eingenommen. Verschiedentlich wurden Äußerungen laut, daß in der Bundesrepublik Deutschland 50 000 bis 60 000 Betten zuviel vorgehalten werden. Oft wird dieses Problem allerdings sehr einseitig gesehen, denn für die Frage einer Über- oder Unterversorgung auf dem medizinischen Bereich sind die Bettenzahlen allein nicht aus-

sagekräftig genug. Man muß auch die Auslastung und Verweildauer, die Krankenhaushäufigkeit, die Pflege-satzkosten bzw. die Folgekosten im Vergleich sehen, sowie die Situation im ambulanten Bereich (Ärzt-dichte) berücksichtigen. Zu beachten ist auch, daß in den einzelnen Ländern ein angemessenes Angebot an Plätzen im Alten- und Pflegeheimbereich vorgehalten wird bzw. wie dicht das Netz der Sozialstationen ist.

Legt man die Summe dieser Entscheidungskriterien zugrunde, so ergibt sich ein differenzierteres und zu-treffenderes Bild des Gesundheitswesens in der Bun-desrepublik Deutschland und in den einzelnen Län-dern. Berücksichtigt man insbesondere die Situation in Berlin und in den Stadtstaaten Hamburg und Bre-men, die in einem nicht unerheblichen Umfang Schles-wig-Holstein und Niedersachsen mitversorgen, so er-gibt sich, daß Rheinland-Pfalz eine gute stationäre Versorgung aufweist. Vergleicht man auf der obigen Grundlage die durchschnittlichen Kosten je Berechnungstag in den Bundesländern, so hat Rheinland-Pfalz nach Bayern und Berlin die drittniedrigsten Pflegesätze im Jahre 1980 von 175 DM bei einem Bun-desdurchschnitt von 184 DM.

Die Einzeldaten zur stationären Versorgung, insbe-sondere die Krankenhaushäufigkeit, stehen in enger Beziehung zur Situation im ambulanten Versorgungsbereich (Arztdichte). Hier liegt Rheinland-Pfalz mit 1 114 Einwohnern je Arzt in freier Praxis über dem Bundesdurchschnitt von 1 031 Einwohnern je Arzt. Ein-zelaussagen zur Frage der Über- bzw. Unterversorgung im Verhältnis vom ambulanten zum stationären Bereich sind nicht möglich. Dies gilt insbesondere zur Frage, ob ein einheitlicher Trend in den Ländern fest-stellbar ist. Die Entwicklungen sind vielmehr sehr un-terschiedlich.

Diese Betrachtung berücksichtigt nicht Angaben zur Situation im Alten- und Pflegeheimbereich. Hier liegt aber der Schluß nahe, daß die Verweildauer dort kür-zer ist, wo die entsprechenden Bettenkapazitäten vor-handen sind. In Rheinland-Pfalz wurde als erstes Bun-desland 1970 mit der Errichtung von Sozialstationen begonnen. Der zügige Ausbau der Sozialstationen ist praktisch abgeschlossen. Mitte 1981 gab es hier 96 Sozialstationen, die das Land flächendeckend versor-

gen. In den 96 Sozialstationen sind insgesamt 1 053 Betreuer tätig.

Eine Untersuchung darüber, inwieweit die Sozialsta-tionen Einfluß auf die Krankenhaushäufigkeit und die Verweildauer im Krankenhaus haben, aber auch im Alten- und Pflegeheimbereich entlastend wirken, wür-de die Richtigkeit der in Rheinland-Pfalz eingeschlage-nen Konzeption bestätigen.

Ausblick

Die rheinland-pfälzische Krankenhausversorgung stützt sich auf ein bedarfsgerechtes, gegliedertes und leistungsfähiges System von Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung, von Schwerpunktfran-kenhäusern sowie von Fachkrankenhäusern. Der größ-te Teil der Versorgung liegt eindeutig bei den Kran-kenhäusern der Regelversorgung. Dabei wird berück-sichtigt, daß Rheinland-Pfalz ein Flächenland mit un-terschiedlicher Bevölkerungsdichte ist, innerhalb des Landes unterschiedliche Verkehrsstrukturen vorgege-ben sind und eine qualifizierte Krankenhausversor-gung in zumutbarer Entfernung erreichbar sein muß.

Wichtiges Kennzeichen der Krankenhausstruktur ist die Pluralität der Krankenhausträger. Über 60% der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser werden von frei-gemeinnützigen Trägern unterhalten. Damit wird deut-lich, daß die Krankenhäuser durchaus in einem Wett-bewerb stehen. Diese Struktur ist die beste Gewähr für ein flexibles und leistungsfähiges Krankenhaus-wesen. Abzulehnen sind aber Mammutkrankenhäuser genauso wie Kleinstkrankenhäuser, bei denen die Mindestvoraussetzungen eines qualifizierten ärztlichen Dienstes nicht gewährleistet werden können und die deshalb im Interesse der Patienten auf Dauer nicht zu verantworten sind. Kleinere Krankenhäuser, in denen Ärzte und Pflegepersonal ihren Auftrag ernst nehmen, werden als sinnvolle Ergänzung des Krankenhaus-systems in Zukunft ihre Aufgaben und Chancen ha-ben. Eine überschaubare Organisation und Größe ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Humanität für den Patienten zu sehen, sondern kann auch wirtschaft-liche Vorteile bieten.

J. Faltin

Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Umwelt

Kooperative Programmwartung in der Krankenhausautomation

Grundlagen und Ziele

Aufgrund der neueren Krankenhausgesetzgebung des Bundes und der Länder, die die Krankenhäuser zu festgesetzten Terminen zum Aufbau eines kauf-männischen Rechnungswesens verpflichtet, konzen-trierte sich die Arbeit der Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ zunächst auf das betriebliche Rech-nungswesen. Für die verschiedenen Teilbereiche des Rechnungswesens wurden Kooperationsprojekte mit finanzieller Förderung durch den Bundesminister für Forschung und Technologie und unter Mitwirkung der

Länder, des kommunalen und kirchlichen Bereichs von einer projektverantwortlichen Stelle durchgeführt. Das Ergebnis dieser Kooperation sind folgende sogenann-te Bund/Länder-Verfahren:

FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern
KOLK - Kosten- und Leistungsrechnung in Kranken-häusern
MAIK - Anlagenbuchhaltung in Krankenhäusern
MARK - Materialwirtschaft in Krankenhäusern.

Diese Verfahren stehen den Krankenhäusern ko-stenfrei zur Nutzung zur Verfügung. Sie werden in-

zwischen von einer Vielzahl von Krankenhäusern und sonstigen Einrichtungen eingesetzt.

Leitideen dieser kooperativen Verfahrensentwicklungen waren im wesentlichen

- eine Minimierung der Kosten, einmal für die Entwicklung selber durch Vermeidung von Parallelentwicklungen, zum anderen für den Anwender durch die Schaffung übertragbarer Organisationslösungen.

- die Sicherstellung vergleichbarer Ergebnisse durch die Entwicklung einheitlicher Verfahren.

Die bundesweite Kooperation war zunächst beschränkt auf die Entwicklung und modellhafte Erprobung der genannten Verfahren. Nun ist aber ein DV-Verfahren kein totes Gebilde, das, einmal fertiggestellt, für lange Zeit unverändert genutzt werden kann. Es unterliegt in der Regel ständigen Änderungen und Erweiterungen. Diese sind notwendig, weil

- die dem DV-Verfahren zugrunde liegenden rechtlichen Bestimmungen geändert werden (so mußte das Verfahren FINK mit Erlaß der Krankenhausbuchführungsverordnung im Jahre 1978 entsprechend erweitert werden),

- durch den praktischen Einsatz bei einer Vielzahl von Anwendern deutlich wird, daß bestimmte Festlegungen im Verfahren verbessert bzw. ergänzt werden sollten (Erfahrungen, die bei einem auf wenige Modellanwender und auf einen begrenzten Zeitraum beschränkten Modellversuch nicht gemacht werden können),

- die Forderungen der Anwender an die Verfahren mit zunehmender praktischer Erfahrung sich ändern oder größer werden,

- die hard- und softwaremäßigen Voraussetzungen dauernden Änderungen unterliegen (zum Beispiel bei den Betriebssystemen)

- bei besonderen seltenen Konstellationen Fehler auftreten und behoben werden müssen.

DV-Verfahren müssen deshalb, nachdem sie fertiggestellt und vom Anwender praktisch genutzt werden, gewartet oder gepflegt werden. Man geht heute davon aus, daß, betrachtet man die gesamte Lebensdauer eines Softwareproduktes, mindestens die Hälfte der Softwarekosten auf die Phase der Pflege entfällt.

Es lag deshalb nahe, die für die Verfahrensentwicklung erreichte Kooperation auch für die Verfahrenspflege fortzusetzen, zumal die der Entwicklung zugrundeliegenden Leitideen auch in der Pflegephase gültig sind:

- auch während der Programmpflege können Kosten eingespart werden, wenn Parallelaktivitäten vermieden werden; eine Minimierung der Folgekosten war auch deshalb geboten, weil die finanzielle Förderung durch den Bundesminister für Forschung und Technologie auf die Entwicklungsphase beschränkt blieb,

- die mühsam erreichte Einheitlichkeit des Verfahrens kann nur bei einem gemeinsamen Vorgehen auch bei der Verfahrenspflege erhalten werden.

Schon früh wurde deshalb versucht, für eine kooperative Verfahrenspflege eine organisatorische Lösung

zu finden. Sie wurde erreicht in der Vereinbarung einer sogenannten ZVP, einer zentralen Verfahrens- und Programmpflege.

Entwicklung

Anfang 1976 hat die ZVP ihre Arbeit aufgenommen. Vorangegangen waren intensive organisatorische Vorgespräche, die bis in das Jahr 1974 zurückreichen. Die Arbeit der ZVP bezog sich zunächst nur auf das Verfahren FINK, dessen Entwicklung Ende 1975 abgeschlossen wurde. Kooperative Verfahrensentwicklung und kooperative Verfahrenspflege folgten also nahtlos aufeinander. Im Jahre 1978 wurde die ZVP ausgedehnt auf die inzwischen fertiggestellten Verfahren KOLK und MAIK. 1981 wurde schließlich auch das Verfahren MARK einbezogen.

Der ZVP beitreten können alle Bundesländer sowie die übrigen Mitglieder der Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“. Die Beteiligten können den Beitritt weiterer Institutionen zulassen. Von Anfang an waren die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie der kirchliche Bereich beteiligt. 1977 kamen Bremen und Hamburg hinzu. Mit dem Beitritt des Saarlandes im Jahre 1980 erhöhte sich die Zahl der Beteiligten auf elf.

Beim Aufbau der ZVP war man zunächst so vorgegangen, daß für die einzelnen Teilverfahren eigene ZVPs eingerichtet wurden. Ein solches Vorgehen lag deshalb nahe, weil die Teilverfahren arbeitsteilig, das heißt durch verschiedene Stellen entwickelt wurden und die arbeitsausführende Pflegegruppe bei der jeweiligen Entwicklungsstelle aufgebaut werden sollte. Da die zentral gepflegten Verfahren jedoch die Bausteine eines integrierten Gesamtsystems bilden, ergab sich die Notwendigkeit, den integrativen Verfahrensnotwendigkeiten auch in der Organisation der ZVP Rechnung zu tragen. Im Jahre 1980 wurden deshalb die bis dahin bestehenden Einzel-ZVPs zu einer ZVP für das Rechnungswesen in Krankenhäusern zusammengefaßt.

Organisation

Organisationseinheiten

Die Organisation der ZVP ist in einer von allen Beteiligten akzeptierten Vereinbarung geregelt. Diese Vereinbarung kennt zwei Organisationseinheiten: einen Ständigen Arbeitskreis der Beteiligten und die mit der Durchführung der eigentlichen Pflegearbeiten betrauten Stellen. Der Ständige Arbeitskreis ist das zentrale Entscheidungsorgan in der ZVP. In ihm sind alle Beteiligten vertreten. Zu seinen Aufgaben gehört es

- bei den durchführenden Stellen die durch Änderung rechtlicher Vorschriften sowie auf der Grundlage von Beschlüssen des Ausschusses nach § 7 Krankenhausfinanzierungsgesetz notwendigen Programmänderungen zu veranlassen und über die von den Beteiligten eingebrachten Anträge auf Modifikation und/oder Erweiterung des Gesamtverfahrens oder der Programme zu beschließen,

- die zur Integration der Einzelverfahren durchzuführenden Maßnahmen zu bestimmen,
- über die für die ZVP erforderlichen Mittel zu beschließen und
- die mit der Durchführung betrauten Stellen zu unterstützen und zu beraten.

Beschlüsse über alle grundsätzlichen Angelegenheiten wie Neuaufnahme weiterer Beteiligter, Anträge auf Modifikation und/oder Erweiterung des Gesamtverfahrens, der Teilverfahren und Programme, die erforderlichen Mittel müssen einstimmig gefaßt werden. Zur Entscheidungsvorbereitung kann der Ständige Arbeitskreis Arbeitsgruppen bilden. So gibt es zu den einzelnen Teilverfahren verfahrensspezifische Arbeitsgruppen, in denen durch Experten die vorliegenden Änderungsanträge vorbereitet werden und ein bundesweiter Erfahrungsaustausch über die Anwendung der Verfahren stattfindet.

Die eigentliche Arbeitsausführung entsprechend den Beschlüssen des Ständigen Arbeitskreises ist sogenannten durchführenden Stellen übertragen. Anders als beim Ständigen Arbeitskreis wurde hier eine Konzentrierung auf ein einziges Organ nicht vorgenommen. Vielmehr wurde die Pflege der arbeitsteilig bei unterschiedlichen Stellen entwickelten Verfahren den jeweiligen Entwicklungsstellen übertragen. Dies sind

- das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, für FINK und KOLK,
- die Kirchliche Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft für EDV mbH., Frankfurt/Main, für MAIK,
- die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, Wiesbaden, für MARK.

Diese Stellen realisieren die vom Ständigen Arbeitskreis beschlossenen Modifikationen und Erweiterungen der Verfahren und stellen die geänderten ausgetesteten Programme einschließlich der ergänzten Verfahrensdokumentation den an der ZVP Beteiligten zur Verfügung. Die Pflegearbeiten beschränken sich dabei auf die system- und anlagenunabhängigen Programmteile. Daneben gehört zu den Aufgaben der durchführenden Stellen die Mittelbewirtschaftung und die Führung der Verwendungsnachweise.

Kommunikation Programmiergruppe-Beteiligte

Da die Verfahren von einer Vielzahl von Rechenzentren und Krankenhäusern eingesetzt werden, war es im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der ZVP-Programmiergruppen notwendig, die Kommunikationsbeziehungen zwischen Beteiligten und Programmiergruppe klar zu regeln. Danach steht die Programmiergruppe in direktem Kontakt nur mit jeweils einer zentralen Stelle in den beteiligten Ländern. Diese Länderzentralstellen sind ihrerseits Ansprechpartner für die übrigen Rechenzentren im Land, sei es bei Implementierungsproblemen, bei auftretenden Fehlern oder bei Anregungen für Verfahrensänderungen. Tauchen also beispielsweise in einem Rechenzentrum, das die Bund/Länder-Verfahren einsetzt, Probleme auf, die es nicht allein lösen kann, wendet es sich zunächst an die zuständige Zentralstelle des Landes. Diese kann dann ggf. die ZVP-Programmiergruppe

einschalten. Die Landeszentralstellen verteilen die ihnen von der ZVP zur Verfügung gestellten neuesten Programmversionen. Dies bedeutet, daß für die ZVP-Programmiergruppe der Kreis der Gesprächspartner für alle im Rahmen der ZVP anfallenden Angelegenheiten auf die Zentralstellen in den Ländern beschränkt bleibt. Diese Zentralstellen sind im einzelnen in:

Baden-Württemberg: Datenzentrale Baden-Württemberg, Stuttgart

Bayern: Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, München

Bremen: Rechenzentrum der bremischen Verwaltung
Hamburg: Gesundheitsbehörde, Landesbetrieb Krankenhäuser

Hessen: Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, Wiesbaden

Niedersachsen: Landkreis Hannover, Hannover
Nordrhein-Westfalen: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Düsseldorf

Rheinland-Pfalz: Statistisches Landesamt, Bad Ems

Saarland: Universitätskliniken, Homburg

Schleswig-Holstein: Datenzentrale Schleswig-Holstein, Kiel

für den kirchlichen Bereich: Kirchliche Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft für EDV mbH., Frankfurt/Main.

Finanzierung

Die für die zentrale Verfahrens- und Programmpflege entstehenden Kosten - im wesentlichen Personalkosten für die bei den durchführenden Stellen gebildeten Programmiererteams sowie Maschinenzeiten für Testläufe - werden von den Beteiligten im Prinzip zu gleichen Teilen getragen. Jede durchführende Stelle führt einen eigenen Wirtschaftsplan. Die sich daraus ergebenden Kostenanteile für die Beteiligten werden vom Ständigen Arbeitskreis festgestellt. Am Ende des Jahres legen die durchführenden Stellen dem Ständigen Arbeitskreis gegenüber Rechnung. Sich dabei ergebende Über- und Unterzahlungen werden ausgeglichen. Für das Jahr 1981 belaufen sich die anteiligen Kosten für einen Beteiligten, zum Beispiel für ein Bundesland, bei einer Teilnahme an der Pflege aller Teilverfahren auf knapp 110 000 DM.

Arbeitsablauf

Für die Arbeitsabwicklung in der ZVP gilt ein festes Verfahren. Hält ein Beteiligter aufgrund entsprechender Forderungen seiner Anwender eine Verfahrensänderung für notwendig, so muß er diese mit Hilfe eines Formblattes beantragen. Die gewünschte Änderung muß so ausführlich beschrieben werden, daß Umfang und Auswirkungen der Änderung deutlich werden und damit als Entscheidungsgrundlage dienen kann. Antragsberechtigt ist jeder Beteiligte. Zusammen mit einer Stellungnahme und einer Aufwandsschätzung durch die ZVP-Programmiergruppe wird der Antrag dem Ständigen Arbeitskreis ZVP zur Beratung und Entscheidung zugeleitet. Wird der Antrag angenommen (Anträge, denen nicht alle Beteiligten zustimmen, gelten als abgelehnt), so wird er der Programmiergruppe zusammen mit einer vom Arbeitskreis vergebenen Priorität (hohe, mittlere, geringe

Zentrale Verfahrens- und Programmpflege FINK	ÄNDERUNGSANTRAG	Antragsdatum _____
--	-----------------	-----------------------

1. ANTRAG DES BETEILIGTEN

1.1 Antragsteller: _____

1.2 Verbale Beschreibung der Änderung: _____

1.3 Terminvorstellungen: _____

1.4 Genaue Beschreibung der Änderung (ggf. Anlagen beifügen): _____

1.5 Änderungen im Ablauf des Verfahrens: _____

1.6 Sonstiges (z.B. alternative Lösungsvorschläge usw.): _____

1.7 Erstellung des Testmaterials: _____

(Datum)

(Unterschrift)

2. PROGRAMMIERGRUPPE ZVP

2.1 Eingang des Antrages: Datum _____

2.2 Stellungnahme der ZVP-Programmiergruppe: _____

2.3 Voraussichtliche Zeit für: Analyse _____ Mann/Wochen Programmierung _____ Mann/Wochen

2.4 Sonstiges: _____

(Datum)

(Unterschrift)

Priorität), die die Reihenfolge der Bearbeitung festlegt, zur Realisierung übergeben. Auf diese Weise wurden für die zusammen gepflegten Verfahren FINK und KOLK seit 1976 253 Änderungsanträge behandelt; davon wurden 25 (10%) vom Antragsteller nach der Diskussion im Ständigen Arbeitskreis wieder zurückgezogen, 38 (15%) vom Arbeitskreis abgelehnt und über 16 (6%) ist noch nicht endgültig entschieden. Die übrigen 174 Anträge wurden bzw. werden von der Programmiergruppe realisiert.

Der Arbeitsumfang der einzelnen Änderungsanträge kann dabei sehr unterschiedlich sein: er reicht von einem Tag bis zu mehreren Mannmonaten. Ist ein Änderungsantrag in den Programmen verwirklicht und die Verfahrensdokumentation entsprechend aktualisiert, so werden die neuen Programmversionen den Beteiligten zur Verfügung gestellt. In der Regel werden mehrere Änderungsanträge zusammengefaßt, so daß nur etwa zwei- bis dreimal im Jahre neue Versionen bereitgestellt werden. Die Programme werden in Quellenform auf Bändern versandt.

Neben der geänderten Verfahrensdokumentation werden den Beteiligten sogenannte Änderungsmitteilungen überlassen, aus denen Grund, Gültigkeit, Art und Umfang der Programmänderung sowie eventuell zu beachtende Besonderheiten hervorgehen. Zusätzlich sind in den Programmen die einzelnen geänderten Statements gekennzeichnet, so daß jeder Beteiligte jede durchgeführte Änderung im einzelnen nachvollziehen kann. Den beteiligten Zentralstellen bleibt die Programmimplementierung und die Weiterleitung an die übrigen Rechenzentren ihres Bereiches überlassen.

Neben der Bearbeitung von Änderungsanträgen, für die etwa drei Viertel der zur Verfügung stehenden Kapazität der Programmiergruppen eingesetzt wird, besteht die zweite wesentliche Aufgabe der ZVP-Programmiergruppen in der Beratung und Unterstützung der jeweiligen Zentralstellen. Diese bezieht sich einmal auf Probleme, die bei der Verfahrensimplementierung auftreten, zum anderen aber auch auf die Klärung von Fehlern, die beim Routineeinsatz der Programme auftauchen und von dem verarbeitenden Rechenzentrum und der zuständigen Zentralstelle nicht geklärt werden konnten. Handelt es sich hierbei um einen Programmfehler, werden unverzüglich alle übrigen Beteiligten informiert. Diese Beratung und Unterstützung erfolgt in den meisten Fällen telefonisch oder brieflich vom Ort der ZVP-Programmiergruppe aus; nur ganz selten wird die Unterstützung vor Ort geleistet. Diese Möglichkeit, auf die besonders detaillierten Verfahrens- und Programmkenntnisse der ZVP-Programmiergruppe zurückgreifen zu können, ist für viele Beteiligte wertvoll und wird von ihnen intensiv genutzt.

Nach nunmehr fünf Jahren zentraler Verfahrens- und Programmpflege soll versucht werden, eine erste Bilanz zu ziehen, insbesondere im Hinblick auf die Ziele, die mit der Einrichtung der ZVP verfolgt wurden. Außerdem soll auf einige Problempunkte eingegangen werden.

(1) Der von jedem Beteiligten im Jahre 1981 aufzuwendende Kostenanteil zur Pflege der Teilverfahren FINK, KOLK, MAIK und MARK von 110 000 DM ent-

spricht etwa den Personalkosten für zwei Programmierer (nicht gerechnet die notwendigen Gemeinkosten sowie Maschinenkosten für Tests). Zwei Programmierer sind jedoch nicht in der Lage, so komplexe Verfahren wie die Bund/Länder-Verfahren zu pflegen und so viele Verbesserungen und Erweiterungen zu realisieren, wie sie von den ZVP-Programmiergruppen bewältigt werden. (Die für die vier Teilverfahren bestehenden drei Programmiergruppen haben zusammen eine Größe von 14,5 Kräften) Wenn man zusätzlich bedenkt, daß diese Kosten nur einmalig pro Land anfallen und sich in der Regel auf mehrere Rechenzentren und eine Vielzahl von Anwendern in dem Land verteilen, so wird daraus deutlich, daß eine ZVP eine äußerst kostengünstige Form der Softwarepflege darstellt. Die Kostenreduktion kommt letztlich den Anwendern, das heißt den Krankenhäusern, zugute und stellt damit einen, wenn auch sehr bescheidenen, Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen dar.

Einem Mißverständnis gilt es jedoch vorzubeugen. Eine ZVP ersetzt keineswegs ein qualifiziertes Team mit DV- und Fachkenntnissen in den beteiligten Ländern. Vielmehr ist ein solches Team notwendig zur Programmübernahme und -implementierung, zur Verbreitung der Verfahren bei den Anwendern, zur Berücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten und zur Vorklärung bei Produktionsproblemen. Die ZVP kann nur die Arbeit dieses Teams erleichtern, und das Team braucht bei Anschluß an eine ZVP nicht so groß zu sein.

(2) Das zweite Hauptziel der ZVP, die einheitlich entwickelten Verfahren auch einheitlich zu erhalten, wurde in wesentlichen Teilen, wenn auch nicht in der anfangs angestrebten Vollständigkeit, erreicht. Die Teilnahme an einer zentralen Pflege setzt im Prinzip voraus, daß die Programme unverändert übernommen werden. Es dürfte aber kaum möglich sein, ein Standardsoftwarepaket so zu konzipieren, daß jeder Wunsch jedes Anwenders realisiert ist. Dafür sind die Gegebenheiten bei den Anwendern und die Produktionsbedingungen in den Rechenzentren zum Teil zu unterschiedlich. Außerdem ist es immer wieder notwendig, schnell auf aktuelle Forderungen der Anwender zu reagieren. Dabei ist in der Regel der Weg über die ZVP zu lang; das Rechenzentrum als Servicebetrieb muß eine eigene Lösung anbieten, die im Einzelfall auch in der Modifikation der ZVP-Programme bestehen kann. Entscheidend ist dabei, daß notwendige landesspezifische Änderungen und Ergänzungen nur in begrenztem und überschaubarem Umfang in den Programmen verwirklicht werden.

Nach über fünf Jahren ZVP ist festzustellen, daß das Maß an Einheitlichkeit der Verfahren sehr hoch ist und sich die landesspezifischen Ergänzungen in engen Grenzen halten; dies ist andererseits auch eine Notwendigkeit, um den Anpassungsaufwand bei der Übernahme neuer ZVP-Programmversionen nicht zu groß werden zu lassen.

(3) Nicht jedem Beteiligten ist es gelungen, ein für die landesinterne Verbreitung und Koordination zuständiges zentrales Team mit entsprechenden Verfahrenkenntnissen aufzubauen. Hierunter leidet zum

einen die Verbreitung der Verfahren, da eine ausreichende Einführung und Betreuung von Anwendern und Rechenzentren fehlt. Außerdem erfolgt die Programmweitergabe neuer Versionen zum Teil nur schleppend. Dies führt dazu, daß sich einzelne Anwender und Rechenzentren direkt an die ZVP-Programmiergruppe wenden mit der Forderung nach Implementierungsunterstützung und Mithilfe bei der Klärung eventueller Fehler. Da die Beratung und Betreuung der elf Zentralstellen aber bereits etwa ein Viertel der Kapazität der Programmiergruppe bindet, würde eine Ausweitung der Unterstützungsfunktion zu einer nicht gewollten Einschränkung der eigentlichen Pflegeaufgaben der ZVP führen. Hier ist jeder Beteiligte aufgefordert, eine entsprechende landesinterne Organisation zu schaffen, die eine übermäßige Inanspruchnahme der ZVP-Programmiergruppe verhindert.

(4) Die der ZVP zugrunde liegende Vereinbarung fordert für alle Programmänderungen, soweit es sich nicht um eine Behebung von Fehlern handelt, einstimmige Beschlüsse des Ständigen Arbeitskreises. Dies bedeutet, daß ein einzelner theoretisch die gesamte Arbeit der ZVP blockieren kann. Dieses nicht geringe Risiko für die ZVP wird bei den Beratungen innerhalb der ZVP in manchen Augenblicken deutlich und spürbar. Man kann jedoch feststellen, daß bisher in keinem Fall die kritische Grenze von einem Beteiligten überschritten wurde. Die vorgeschriebene Einstimmigkeit enthält nämlich andererseits auch einen starken Zwang zur Kooperation und zum Kompromiß. Der notwendige konstruktive Geist bei allen Beteiligten, ohne den eine ZVP nicht funktionieren kann, hat sich bisher stets in allen kritischen Situationen durchgesetzt.

Trotz der kritischen Anmerkungen läßt sich zusammenfassend feststellen, daß sich die Einrichtung einer ZVP voll bewährt hat. Sie ist für alle Beteiligten eine äußerst kostengünstige Form der Verfahrens- und Programmpflege. Durch den innerhalb der ZVP erreichten intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch erhält jeder Beteiligte vielfältige Hinweise und Anregungen, die für seine tägliche Arbeit nützlich sind.

Ausblick: Anstehende Probleme

Die positive Bilanz der bisherigen Arbeit der ZVP darf nicht dazu führen, sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit auszuruhen. Vielmehr ist es auch für die ZVP eine Lebensfrage, daß sie sich mit Blick in die Zukunft den anstehenden Problemen stellt und Lösungswege sucht. Einige dieser Probleme und Aufgaben seien zum Schluß noch kurz angedeutet.

(1) Die in der ZVP gepflegten Programme und Verfahren stammen konzeptionell zum Teil aus der ersten

Hälfte der 70er Jahre. Inzwischen wurden sehr viele Änderungen und Ergänzungen vorgenommen: die Verfahren sind mit den Wünschen der Anwender allmählich gewachsen. Dies hat jedoch zur Folge, daß die Programmwartung zunehmend schwieriger und damit aufwendiger wird. Hinzu kommt, daß die Anwender verstärkt die Nutzung moderner EDV-technischer Möglichkeiten (Dialogorientierung der Verfahren, Einbeziehung eines Verbundsystems zwischen zentraler und dezentraler Verarbeitung) fordern. Es wird deshalb zu prüfen sein, ob dieser Entwicklung durch eine allmähliche Verfahrensoptimierung Rechnung zu tragen ist. Solche Arbeiten dürften angesichts der angespannten Finanzlage wieder nur in einer kooperativen Form, vielleicht im Rahmen der ZVP, zu realisieren sein.

(2) Die in den ZVP gepflegten Verfahren sind Batch-Verfahren, bestimmt für den Einsatz in einem zentralen Großrechenzentrum. Die Krankenhäuser setzen jedoch in zunehmendem Maße für Zwecke der Datenerfassung und der Erledigung zeitkritischer Aufgaben intelligente Terminals ein. Es steht zu erwarten, daß sich die Tendenz fortsetzen wird, Funktionen, soweit sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar, vor Ort ins Krankenhaus zu verlagern. Die in den Krankenhäusern eingesetzte Hardware ist jedoch von Land zu Land und zum Teil innerhalb eines Landes sehr unterschiedlich. Damit stellt sich wegen der fehlenden Standardisierung in diesem Bereich die Frage, ob sich die bisher auf den Programmcode bezogene Wartung durch die ZVP auf längere Sicht in vollem Umfange beibehalten läßt. Denkbar wäre, daß sich die bundesweite zentrale Pflege zunehmend nur noch auf Organisationslösungen bezieht. Erste Schritte in diese Richtung wurden im Entwicklungsbereich bereits getan. Für die Funktion Bearbeitung von Eingangsrechnungen wurde zum Beispiel in bundesweiter Kooperation lediglich ein logisches Konzept entwickelt, dessen Umsetzung in Programme entsprechend der jeweiligen Hardware den einzelnen Ländern/Rechenzentren überlassen bleibt. Bei der Programmerstellung ist eine Kooperation dann nur noch zwischen denjenigen denkbar, die die gleichen Hardwarevoraussetzungen besitzen, in diesem Fall aber auch sinnvoll und geboten.

Es wird notwendig sein, daß sich die Beteiligten an der ZVP frühzeitig mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen, damit die bisher erreichte und bewährte bundesweite Kooperation bei der Softwareentwicklung und -pflege für Krankenhausanwendungen den Zukunftsforderungen gerecht wird.

Diplom-Volkswirt W. Zanke

Dieser Beitrag ist auch abgedruckt in der Zeitschrift ÖVD - Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung, Nr. 4, Mai 1982.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 641	3 642	3 642	3 640	3 640
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	1 578	1 987	2 642	1 182 ^P	1 701 ^P	1 882 ^P	2 904 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	5,1	6,6	8,5	4,2 ^P	5,5 ^P	6,3 ^P	9,4 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	3 104	3 056	3 089	2 837 ^P	3 253 ^P	2 992 ^P	2 754 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	10,0	10,2	10,0	10,2 ^P	10,5 ^P	10,0 ^P	8,9 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	4 012	3 490	3 714	3 464 ^P	4 247 ^P	3 694 ^P	3 345 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	13,0	11,7	12,0	12,4 ^P	13,7 ^P	12,3 ^P	10,8 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	26	29	41	41 ^P	29 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	8,3	9,6	13,0	15,4 ^P	9,1 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 908	- 434	- 625	- 627 ^P	- 994 ^P	- 702 ^P	- 591 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 2,9	- 1,4	- 2,0	- 2,2 ^P	- 3,2 ^P	- 2,3 ^P	- 1,9 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	7 468	7 766	6 459	6 125	7 809
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	1 905	1 798	1 565	1 563	1 856
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	4 243	4 304	3 640	3 437	4 441
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	7 032	6 759	6 340	6 102	7 326
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 679	1 468	1 423	1 467	1 775
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	4 465	4 203	3 762	3 547	4 565
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	436	1 007	119	23	483
Ausländer	Anzahl	1 017	285	226	330	142	96	81
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	- 222	101	- 122	110	- 124
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	10 436	10 641	9 596	9 151	11 194
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	69 137	64 212	61 470	110 484	99 085	91 219	87 415
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	36 950	32 438	29 998	66 073	56 677	50 001	47 518
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	1 385	915	862	.	1 838	.	.
Bauberufe	Anzahl	2 421	4 550	4 915	3 853	3 434	.	9 351	.	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 979	27 184	27 095	24 897	23 616	.	39 132	.	.
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	5,2	4,8	4,6	8,1	7,3	6,7	6,4
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	12 440	12 332	12 272	7 254	7 341	7 123	6 587
Männer	Anzahl	10 047	6 714	7 724	7 693	7 624	4 447	4 511	4 265	3 777
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	580	498	559	.	417	.	.
Bauberufe	Anzahl	1 029	613	767	763	736	.	480	.	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 281	3 713	4 286	4 210	4 283	.	2 301	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	20 531	19 081	17 287	32 773	28 231	25 677	22 050
Männer	Anzahl	6 245	13 176	14 133	12 262	11 155	26 450	22 175	19 371	16 257
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655
* Milchkühe	1 000	235	228
* Schweine	1 000	695	646	.	702	.	.	.	665	.
Mastschweine	1 000	243	223	.	236	.	.	.	208	.
* Zuchtsauen	1 000	78	75	.	79	.	.	.	75	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	.	51	.	.	.	47	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	17 311	16 820	15 012	14 145	17 786	16 012	14 535
* Kälber	Anzahl	369	327	302	459	310	250	342	376	357
* Schweine	Anzahl	113 707	112 070	118 029	110 244	111 339	99 460	122 277	110 794	109 640
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	13 727	11 539	9 232	12 780	14 449	10 758	8 714
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	14 061	13 893	14 602	13 928	13 465	12 202	15 124	13 812	13 251
* Kälber	t	4 806	4 815	5 022	4 924	4 351	4 115	5 141	4 648	4 226
* Schweine	t	36	31	28	42	29	24	33	37	33
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	11,2	11,9	12,6	10,6	11,4	12,0	12,8
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	57	39	38	61	62	124	62
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	81	84	92	68	81	82	91
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	94,0	94,9	95,4	94,3	94,4	95,3	95,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	11,2	11,9	12,6	10,6	11,4	12,0	12,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 900	2 900	2 900	2 858	2 860	2 849	...
* Beschäftigte	1 000	392	391	391	390	389	381	382	380	...
* Arbeiter 2)	1 000	282	276	275	275	274	267	267	266	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	40 110	39 447	38 297	36 330	41 258	39 075	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	1 018	1 034	1 149	1 001	1 087	1 079	...
* Löhne	Mill. DM	664	682	614	631	699	589	656	647	...
* Gehälter	Mill. DM	418	443	404	403	450	411	431	432	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	88	94	90	86	85	88	88	...
* Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	195	170	153	172	197	184	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	157	137	128	145	150	135	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	23	20	25	20	16	26	24	20	...
* schweres Heizöl	1 000 t	150	118	132	117	112	119	126	115	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	1 033	1 003	995	911	1 032	1 004	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	229	218	206	222	220	211	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	6 397	6 117	5 855	6 259	7 270	6 469	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 174	2 106	2 013	2 467	2 884	2 355	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	136	145	144	128	136	140	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	141	148	145	138	142	143	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	138	145	143	134	138	141	139 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	129	131	139	147	139	126	139	139	134 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	95	116	124	50	82	101	106 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	139	143	127	130	140	133	125 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	140	153	162	149	146	164	167 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	139	152	154	151	142	151	170 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	128	131	129	121	119	120	117 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	66	57	61	70	72	60	60 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	150	149	146	157	158	138	140 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	104	129	136	71	97	120	...
Handwerk ⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	102	.	.	.	99	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	133	132	107	.	.	.	108	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	336	296	302	258	269
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 123	2 212	2 365	2 141	1 932	2 220	2 341
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	870	900	969	867	733	808	801
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 713	1 553	1 483	1 671	1 810
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,2	0,2
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	355	293	244	381	382
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	332	275	231	351	356
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	74 075	74 436	74 589	67 735	69 373 ^P	69 483 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	38 989	39 293	39 453	35 738	36 989 ^P	36 994 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	17 148	17 262	17 320	14 352	14 886 ^P	15 172 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	8 740	9 853	9 865	5 380	8 358 ^P	8 983 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	5 639	6 304	6 339	3 492	5 187 ^P	5 548 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	3 590	4 088	4 141	2 102	3 287 ^P	3 616 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	83	71	78	39	50 ^P	52 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	1 966	2 145	2 120	1 351	1 850 ^P	1 880 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	3 101	3 549	3 526	1 888	3 171 ^P	3 435 ^P	...
Hochbau	1 000	707	679	677	754	702	545	751 ^P	790 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	2 424	2 795	2 824	1 343	2 420 ^P	2 645 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	1 319	1 553	1 577	674	1 274 ^P	1 394 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	163	180	188	118	165 ^P	178 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	154	152	140	157	163	94	139 ^P	153 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	24	26	23	23	25	24	26 ^P	25 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	412	476	565	243	420 ^P	445 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	1 213	1 127	1 231	763	1 009	850	880
* mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	808	745	840	514	667	577	579
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	326	335	347	186	261	219	233
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	79	47	44	63	81	54	68
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	1 335	1 125	1 235	805	1 203	913	962
* Wohnfläche	1 000 qm	210	180	218	180	198	132	200	148	154
* Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	9 967	8 404	9 200	6 202	9 270	6 948	7 192
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	371	311	344	236	355	270	284
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	4	2	2	9	5	3	1
Unternehmen	Anzahl	200	148	136	146	116	76	125	88	81
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	1 073	979	1 113	678	879	759	798
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	163	148	176	136	167	134	127
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	752	606	722	721	763	365	636
* Nutzfläche	1 000 qm	157	129	127	99	127	132	126	67	123
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	146	133	146	254	127	71	135
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	36	20	47	14	22	25	26
Unternehmen	Anzahl	157	143	124	123	127	121	143	108	97
Private Haushalte	Anzahl	31	4	3	5	2	1	2	1	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	2 306	1 899	2 028	1 540	2 524	1 605	1 749
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	2 228	2 168	1 855	2 299	2 764
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	129	117	111	111	143
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	2 099	2 052	1 744	2 188	2 620
* Rohstoffe	Mill. DM	17	20	20	21	23	17	22
* Halbwaren	Mill. DM	98	134	133	156	133	127	173
* Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	1 946	1 874	1 588	2 044	2 425
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	640	666	566	590	755
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 306	1 209	1 021	1 454	1 671
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	837	904	983	945	845	968	1 151
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	167	175	150	162	194
Dänemark	Mill. DM	30	32	34	35	28	31	38
Frankreich	Mill. DM	250	264	287	267	251	305	352
Griechenland	Mill. DM	19	23	23	29	24	20	26
Großbritannien	Mill. DM	115	131	133	118	116	147	175
Irland	Mill. DM	7	7	9	7	7	7	8
Italien	Mill. DM	154	157	182	166	139	162	191
Niederlande	Mill. DM	126	137	150	148	131	133	166
Österreich	Mill. DM	86	90	92	88	78	83	106
Schweiz	Mill. DM	85	91	97	89	87	91	112
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	111	119	100	96	139
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	565	535	436	701	808
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	105	129	91	67	102
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 667	1 512	1 315	1 414	1 655
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	201	188	180	198	238
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 466	1 324	1 135	1 216	1 417
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	712	757	865	756	712	777	891
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	188	202	168	176	212
Dänemark	Mill. DM	12	12	14	14	11	16	14
Frankreich	Mill. DM	199	198	240	194	191	208	228
Griechenland	Mill. DM	7	7	7	8	9	6	8
Großbritannien	Mill. DM	54	43	45	48	33	43	49
Irland	Mill. DM	6	4	5	3	3	3	4
Italien	Mill. DM	108	131	153	132	109	139	169
Niederlande	Mill. DM	147	181	212	154	188	186	208
Österreich	Mill. DM	48	45	51	56	39	46	54
Schweiz	Mill. DM	23	26	26	38	26	28	26
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	108	117	98	98	123
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	389	381	314	244	308
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	116	47	28	98	106

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	220
Waren verschiedener Art	1970 = 100	241
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	220
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	195
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	224
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	204
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	148
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	115
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	138
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	139
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97
Teilbeschäftigte	1970 = 100	136
* Umsatz	1970 = 100	153
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	172
Gaststättengewerbe	1970 = 100	140
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	257	423	571	190	250	398	...
* Ausländer	1 000	76	73	28	72	104	25	28	57	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	923	1 478	1 897	676	869	1 426	...
* Ausländer	1 000	242	222	74	184	280	68	68	156	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 613	1 505	1 499	1 514	1 452	1 360	1 503	1 574	...
* Güterversand	1 000 t	1 502	1 376	1 404	1 645	1 465	1 101	1 586	1 429	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	20 303	18 137	15 420	12 819	20 812	17 808	14 845
Krafträder und Motorroller	Anzahl	740	1 342	2 408	2 914	1 883	1 309	2 995	3 064	2 197
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 516	11 125	16 553	13 951	12 493	10 816	16 511	13 780	11 763
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	754	728	623	367	561	531	492
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	446	409	297	257	582	309	244
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 237	9 259	8 264	8 774	9 395	7 424	8 600	8 482	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 931	1 819	1 609	1 871	2 150	1 307	1 617	1 713	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 306	7 440	6 655	6 903	7 245	6 117	6 983	6 769	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	2 158	2 552	2 975	1 770	2 169	2 337	...
* Getötete	Anzahl	70	62	67	52	79	35	51	63	...
Pkw - Insassen	Anzahl	34	32	42	25	36	22	25	32	...
Fußgänger	Anzahl	15	11	18	5	13	9	16	11	...
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	2 091	2 500	2 896	1 735	2 118	2 274	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 174	1 322	1 494	1 176	1 235	1 209	...
Fußgänger	Anzahl	259	236	250	259	238	210	233	226	...
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	639	766	964	510	643	733	...
Pkw - Insassen	Anzahl	417	385	321	362	481	327	346	346	...
Fußgänger	Anzahl	118	104	109	118	104	93	92	96	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	60 192	60 331	60 428	64 180	64 501	64 608	64 541
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	58 912	59 043	59 131	62 727	63 096	63 173	63 348
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	48 163	48 187	48 227	51 199	51 576	51 586	51 836
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	10 749	10 856	10 904	11 529	11 520	11 586	11 512
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	13 015	12 840	12 683	14 193	14 401	14 146	14 154
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 609	12 462	12 328	13 358	13 530	13 387	13 394
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	406	379	354	834	871	759	760
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 362	7 444	7 548	8 097	8 169	8 248	8 306
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	6 009	6 013	6 045	6 386	6 548	6 598	6 684
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 353	1 431	1 503	1 712	1 621	1 650	1 622
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	38 535	38 759	38 901	40 438	40 526	40 779	40 888
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	29 545	29 712	29 853	31 455	31 498	31 602	31 758
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	8 990	9 047	9 047	8 983	9 028	9 177	9 130
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	48 402	48 883	49 459	52 818	52 669	52 972	53 667
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	6 495	6 959	7 038	7 142	6 933	6 986	7 198
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	6 125	6 448	6 338	6 476	6 559	6 313	6 587
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	370	511	700	666	374	673	611
* Termingelder	Mill. DM	15 091	18 840	16 344	16 547	17 228	19 100	19 152	19 381	19 777
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	14 917	15 256	15 594	17 709	17 709	18 006	17 932
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 427	1 291	1 634	1 392	1 443	1 375	1 845
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	25 563	25 377	25 193	26 575	26 584	26 606	26 692
bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	14 797	14 589	14 491	15 533	15 590	15 606	15 674
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 286	1 450	1 320	1 277	1 098	1 448	1 542	1 500	1 215
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 773	1 625	1 292	1 296	1 533	1 488	1 130
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	37	51	49	53	41	60	66	78	66
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	20 395	18 464	17 577	49 829	19 106	25 241	26 832
Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	2	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	971	1 285	1 004	869	1 091	1 290	1 054
* Wechselsumme	1 000 DM	9 171	8 170	6 660	7 109	7 130	5 527	7 273	8 191	6 503
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	1 189 403	644 253	1 075 822	1 182 224	1 246 799	728 495	1 108 178
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	911 739	341 705	699 777	833 350	949 324	385 554	720 046
Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	515 079	524 985	320 313	323 756	643 693	756 582	342 500	373 580	678 968
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	-	-	279 960	363 206	-	-	293 044
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	407 984	- 5 980	7 947	- 1 742	403 458	- 24 998	- 16 278
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	3 229	8 260	12 009	5 799	4 944	10 384	11 218
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	87 141	81 540	180 213	15 669	36 128	72 711	198 422	26 588	46 138
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	-	-	25 808	53 457	-	-	30 477
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	277 664	302 548	376 045	348 874	297 475	342 941	388 132
Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	121 254	183 028	223 672	227 568	125 735	201 920	254 676
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 692	156 410	119 520	152 373	121 306	171 740	141 021	133 456
* Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	162 358	149 049	179 354	195 770	170 825	160 514	156 524
* Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	14 081	9 640	11 896	9 236	16 173	9 671	8 986
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	146 532	137 419	165 324	181 415	152 486	148 182	145 352
* Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	57 483	54 900	91 249	86 980	80 312	57 808	92 608
Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	5 345	2 837	38 623	45 162	5 968	2 653	40 353
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	30 103	32 979	32 838	24 903	39 440	38 200	33 779
Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	5 271	5 897	6 664	1 951	8 416	6 211	5 713
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	491 895	456 688	424 521
Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	6 859
Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	57 143
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	322 314
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	5 573	208	262
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	28 616

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	728 330	527 553	727 780	811 818	743 842	538 893	692 997
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	401 204	146 442	300 054	359 948	416 039	163 198	309 586
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	164 737	194 898	247 698	254 046	156 893	180 068	226 385
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	31	37 164	674	2 054	85	35 113	502
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	565 912	567 115	378 444	550 854	595 935	629 326	413 499	587 820
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	399 729	145 325	298 177	357 917	417 399	165 011	308 378
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	154 518	109 872	141 055	160 754	148 984	131 530	155 567	186 332
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	31	37 164	674	2 054	85	35 113	502
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	631 160
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	246 532
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	282 422
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	122,0	122,8	123,3	128,2	128,4	129,0	129,8
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	116,9	118,4	118,9	122,6	123,2	124,5	125,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude 2)	1976 = 100	134,1	142,0	.	.	142,4	144,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	545	575	.	564	.	.	.	595	.
* Männliche Arbeiter	DM	582	611	.	601	.	.	.	632	.
* Facharbeiter	DM	617	648	.	636	.	.	.	669	.
Angelernte Arbeiter	DM	555	579	.	573	.	.	.	595	.
Hilfsarbeiter	DM	475	497	.	490	.	.	.	510	.
* Weibliche Arbeiter	DM	388	412	.	403	.	.	.	429	.
* Hilfsarbeiter	DM	373	397	.	389	.	.	.	414	.
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	.	13,68	.	.	.	14,52	.
* Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	.	14,42	.	.	.	15,28	.
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39	.	15,17	.	.	.	16,07	.
Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	.	13,78	.	.	.	14,47	.
Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	.	11,94	.	.	.	12,58	.
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	.	10,28	.	.	.	10,97	.
* Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	.	9,90	.	.	.	10,59	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	.	41,3	.	.	.	41,0	.
Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	.	41,7	.	.	.	41,4	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	.	39,2	.	.	.	39,1	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 819	2 983	.	2 940	.	.	.	3 128	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 521	2 657	.	2 629	.	.	.	2 784	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 085	3 232	.	3 202	.	.	.	3 381	.
männlich	DM	1 987	2 112	.	2 081	.	.	.	2 215	.
weiblich	DM	3 515	3 709	.	3 628	.	.	.	3 868	.
Technische Angestellte	DM	3 598	3 795	.	3 709	.	.	.	3 961	.
männlich	DM	2 409	2 579	.	2 542	.	.	.	2 672	.
weiblich	DM	3 268	3 454	.	3 384	.	.	.	3 607	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 951	3 119	.	3 070	.	.	.	3 271	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 490	3 690	.	3 639	.	.	.	3 866	.
männlich	DM	2 313	2 438	.	2 389	.	.	.	2 551	.
weiblich	DM	3 572	3 767	.	3 677	.	.	.	3 913	.
Technische Angestellte	DM	3 646	3 846	.	3 754	.	.	.	3 998	.
männlich	DM	2 510	2 670	.	2 602	.	.	.	2 752	.
weiblich	DM	2 264	2 373	.	2 354	.	.	.	2 480	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 249	2 357	.	2 337	.	.	.	2 458	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 778	2 871	.	2 852	.	.	.	2 984	.
männlich	DM	1 816	1 935	.	1 912	.	.	.	2 030	.
weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 658	61 654	61 655
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 900 ^P	18 977 ^P	24 988 ^P	29 874 ^P	14 573 ^P	18 206 ^P	25 431 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	51 728 ^P	48 879 ^P	51 885 ^P	51 192 ^P	49 560 ^P	47 973 ^P	54 915 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	59 931 ^P	58 037 ^P	65 664 ^P	58 344 ^P	62 112 ^P	56 543 ^P	67 872 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	— 7 788	— 8 203 ^P	— 9 158 ^P	— 13 779 ^P	— 7 152 ^P	— 12 552 ^P	— 8 570 ^P	— 12 957 ^P	...
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 300	1 210	1 146	1 950	1 935	1 811	1 710
Männer	1 000	426	652	724	643	573	1 153	1 144	1 040	945
Offene Stellen	1 000	308	208	239	247	242	122	132	134	128
Männer	1 000	198	127	145	151	149	71	77	79	75
Kurzarbeiter	1 000	137	347	374	405	360	539	587	551	491
Männer	1 000	98	239	267	285	238	408	456	426	367
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 553	23 310	.	.	23 274	.	.	.	22 823 ^P
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	341	382	370	349	313	390	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	122	122	129	111	119	122	128 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	124	128	126	131	119	127	127	132 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	123	123	128	114	122	124	130 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	122	119	123	125	126	110	118	123	128 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	126	124	132	115	129	129	134 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	119	118	122	109	112	115	121 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	132	130	137	131	132	128	139 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	73	88	113	51	61	82	97 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 536	7 530	7 502	7 317	7 297	7 294	7 263
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	733	772	747	683	692	777	724
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	98 607	108 473	102 604	95 494	101 911	118 745	109 507
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	24 618	27 723	26 157	25 014	28 111	33 197	30 070
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 862	25 145	27 313	27 437	23 784	29 942	26 450	28 370	24 790
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 569	3 380	3 643	3 911	2 912	3 844	2 955	2 976	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 174	1 233	1 248	1 094	1 071	1 110 ^P	1 137 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	91	141	161	56	85	133 ^P	140 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	5 503	7 320	8 424	5 120	4 730	7 038 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	11 606	16 493	15 690	8 550	9 118	12 053	12 148
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	10 668	15 207	14 434	7 243	7 945	10 648	10 781
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	2 145	3 025	2 880	1 903	1 907	2 452	2 441
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	2 227	2 902	2 880	2 017	1 973	2 554	2 747
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	24 113	33 345	31 892	24 286	23 078	29 677	29 121
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	29 200	33 083	30 155	33 747	33 554	31 403	34 454	41 756	36 502
EG-Länder	Mill. DM	14 019	15 507	14 737	16 666	16 291	15 058	17 038	20 360	17 724
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 290	2 410	2 300	2 603	2 571	2 393	2 625	3 189	2 768
Dänemark	Mill. DM	556	627	579	638	638	607	656	833	733
Frankreich	Mill. DM	3 885	4 327	4 073	4 687	4 813	4 523	5 239	5 822	5 200
Griechenland	Mill. DM	315	388	356	449	378	323	380	480	403
Großbritannien	Mill. DM	1 910	2 181	1 885	2 214	2 043	2 080	2 379	3 021	2 534
Irland	Mill. DM	111	140	134	165	146	130	158	192	154
Italien	Mill. DM	2 495	2 609	2 671	2 876	2 761	2 511	2 707	3 255	2 822
Niederlande	Mill. DM	2 773	2 824	2 740	3 034	2 940	2 491	2 895	3 567	3 110
Österreich	Mill. DM	1 605	1 668	1 545	1 742	1 687	1 416	1 617	1 994	1 801
Schweiz	Mill. DM	1 667	1 727	1 745	1 806	1 785	1 523	1 773	2 097	1 882
USA und Kanada	Mill. DM	1 971	2 393	1 910	2 208	2 246	2 271	2 394	2 869	2 594
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 315	5 883	4 794	5 280	5 619	5 776	5 843	7 157	6 122
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 617	1 629	1 536	1 754	1 750	1 371	1 361	1 997	1 632

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	28 438	30 760	29 285	33 920	30 270	30 289	30 830	35 360	33 063
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	13 695	16 107	14 158	14 076	14 841	17 588	16 168
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	1 884	2 310	2 032	1 813	2 011	2 408	2 308
Dänemark	Mill. DM	478	494	479	497	519	441	468	594	528
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	3 152	4 150	3 323	3 484	3 389	4 520	4 118
Griechenland	Mill. DM	230	246	214	268	225	187	252	268	195
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 102	2 213	2 020	2 029	2 208	2 417	2 427
Irland	Mill. DM	127	144	142	141	136	117	142	166	163
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	2 180	2 499	2 248	2 112	2 394	2 820	2 459
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	3 541	4 029	3 656	3 893	3 976	4 396	3 971
Österreich	Mill. DM	819	859	775	982	854	739	901	1 060	947
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	942	1 142	1 062	948	1 072	1 310	1 118
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 506	2 965	2 632	2 359	2 523	3 109	2 955
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 794	5 977	6 332	6 633	5 968	6 159	5 605	5 417	5 351
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 186	1 473	1 375	1 709	1 692	2 098	1 909
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 ^P	184,1 ^P	205,7 ^P	206,5 ^P	181,3 ^P	183,0 ^P	218,9 ^P	211,0 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 428	1 555	1 439	1 446	1 452	1 554	1 556	1 563	1 565 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 106	1 113	1 115	1 170	1 171	1 175	1 176 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	333	333	337	384	385	388	390 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 011	1 059	997	990	991	1 045	1 049	1 044	1 055 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	480	472	467	481	482	482	482 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	18 087	27 638	17 175	21 135	18 565	27 170	18 127
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	8 655	20 204	8 155	12 120	8 906	20 207	8 866
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	8 096	7 481	7 665	10 565	8 439	8 077	8 705
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	188	8 091	- 33	580	35	7 480	- 525
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	9 304	7 417	7 816	9 061	9 548	6 945	8 184
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	5 742	3 723	3 933	5 613	5 952	3 161	4 045
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	3 624	3 981	3 678	880	3 798	4 259	3 841
Zölle	Mill. DM	384	412	412	449	440	333	397	439	433
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	2 737	3 284	3 011	346	2 913	3 540	3 174
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 3)	1976 = 100	112,7	121,9	118,6	119,6	120,3	125,9	126,3 ^P	125,8 ^P	126,5 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	1976 = 100	99,3	104,6	102,1	103,0	102,9	111,0	109,5	109,2 ^P	108,7 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 3)	1976 = 100	117,1	126,2	122,2	123,3	124,5	131,5	131,6	131,6	132,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	137,9	.	.	.	144,6	.	.
Bauleistungen am Bauwerk 4)	1976 = 100	134,1	142,0	138,4	.	.	.	144,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	138,4	.	.	.	137,8	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	121,2	122,0	122,8	127,9	128,2	128,4	129,0
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	116,2	116,9	118,4	121,7	122,6	123,2	124,5
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	124,7	125,3	125,7	130,0	130,9	131,4	131,7
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	118,1	118,7	119,3	123,6	124,1	124,7	125,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	151,0	154,9	153,7	172,2	168,4	164,5	166,1
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	121,8	122,6	122,7	127,9	128,9	129,2	129,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	120,5	121,5	123,3	128,1	127,8	127,2	127,9
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	123,7	124,4	125,0	129,3	130,2	130,6	130,9
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	111,3	111,8	112,2	116,3	116,9	117,2	117,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	128,5	128,7	128,8	134,7	135,0	135,6	135,6

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Bauleistungen.

Die wenigsten Verkehrstoten seit drei Jahrzehnten

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1982 kamen in Rheinland-Pfalz 245 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben. Das sind 55 Verkehrstote weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig ist dies die niedrigste Zahl seit 1953.

Die Zahl der tödlich verunglückten Insassen von Personenkraftwagen verringerte sich um 59 auf 113, die der motorisierten Zweiradfahrer um zwei auf 44. Dagegen stieg die Zahl der tödlich verletzten Fußgänger um sechs auf 62.

126 Verkehrsteilnehmer starben im Alter zwischen 22 und 64 Jahren, 65 waren 15 bis 21 Jahre alt. Bei den Kindern unter 15 Jahren ging die Zahl der tödlich Verletzten um vier zurück, bei den über 65jährigen um 18. gz

Trunkenheit am Steuer war in drei von vier Fällen des Führerscheinentzugs der Grund

Im Jahre 1981 haben die rheinland-pfälzischen Gerichte und Verwaltungsbehörden 16.045 Führerscheine vorübergehend oder für immer eingezogen. Im Jahr zuvor waren es 15.651 gewesen (+ 2,5%).

In 9.506 Fällen wurde die Fahrerlaubnis entzogen. 2.187 Personen erhielten eine zeitliche Sperre und 3.569 Fahrverbot. Nicht weniger als 11.820 Autofahrer verloren ihren Führerschein wegen Trunkenheit am Steuer. Alkohol war damit in drei von vier Fällen des Führerscheinentzugs der Grund.

Die bei Entzug der Fahrerlaubnis von den Gerichten festgelegte Sperrfrist betrug in 32% der Fälle bis zu sechs Monate. Bei 56% waren es sieben bis zwölf Monate und in 12% der Fälle galt die Sperre länger als ein Jahr, zum Teil sogar auf Lebenszeit. gz

Zigaretten im Juni um mehr als ein Viertel teurer

Durch die Erhöhung der Tabaksteuer ab 1. Juni verteuerten sich Zigaretten im Landesmittel um 27%. Eine 20er Packung Zigaretten kostet im Ladenverkauf jetzt 3,80 DM. Deutliche Preisanhebungen gegenüber Mai ergaben sich außerdem für Deutsche Markenbutter (+ 3,5%), Margarine (+ 2,4%) und Schwarzen Tee (+ 2,2%).

Während die Verbraucherpreise für Heizöl geringfügig nachließen (— 1,1%), zogen die Kraftstoffpreise erneut an. Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) verteuerte sich im Juni um 5,5% und Dieselmotorkraftstoff (Markenware, Selbstbedienung) um 3,1%.

Im Vergleich zu Juni 1981 betrug der Preisanstieg für Heizöl 12,1% und für Dieselmotorkraftstoff 1,9%. Normalbenzin war dagegen um 7,5% billiger als vor Jahresfrist. wr

Jedes 13. Kraftfahrzeug abgemeldet

Im Jahre 1981 haben in Rheinland-Pfalz 132.484 Kraftfahrzeughalter ihr Fahrzeug stillgelegt und im Zentralregister des Kraftfahrtbundesamtes löschen lassen. Das sind 2.548 Fahrzeuge oder 1,9% weniger als im Vorjahr. Abgemeldet wurden 118.065 Personenkraftwagen und Kombis, 6.907 Lastkraftwagen, 3.628 Zugmaschinen und 3.155 Krafträder.

Gemessen am gesamten Kraftfahrzeugbestand in Rheinland-Pfalz wurde jedes 13. Fahrzeug abgemeldet. gz

Vier neue Autobahnabschnitte freigegeben

Durch die Freigabe weiterer Autobahnabschnitte im Jahre 1981 wurde das rheinland-pfälzische Autobahnnetz um 21,7 km vergrößert. Insgesamt vier neue Teilstrecken wurden in Rheinhessen-Pfalz und im Raum Trier an das überregionale Fernstraßennetz angebunden. Dies führte in zahlreichen Gemeinden zu spürbaren Entlastungen vom Durchgangsverkehr.

Damit gab es Anfang 1982 in Rheinland-Pfalz 717 km Bundesautobahnen. Von den 3.241 km Bundesstraßen waren 156 km vierspurig ausgebaut. Hinzu kommen 6.923 km Landes- und 7.627 km Kreisstraßen. Im Jahre 1981 nahmen die Straßen des überörtlichen Verkehrs weiter zu, aber auch die Änderung des Landesstraßengesetzes Ende 1981 bewirkte größere Veränderungen. Es wurden 365 km Kreisstraßen zu Gemeindestraßen abgestuft, so daß Anfang 1982 deren Gesamtlänge 18.509 km betrug (— 197 km). gz

Bevölkerung der rheinland-pfälzischen Gemeinden von 1815 bis heute

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat jetzt eine Veröffentlichung über die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden in Rheinland-Pfalz von 1815 bis 1980 herausgegeben.

Für alle Gemeinden des Landes wird die Bevölkerung in den Jahren 1815/23 - 1835/46 - 1871 - 1905 - 1939 - 1950 - 1961 - 1970 und 1980 angegeben. Außerdem enthält der Band die Flächenangaben zum 31. Dezember 1980 sowie die Bevölkerungsdichte für die Jahre 1815/23 - 1871 - 1939 - 1950 und 1980.

Alle Daten beziehen sich auf den heutigen Gebietsstand.

Der 164 DIN-A-4-Seiten starke Band 299 der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ kann über den Buchhandel oder direkt vom Statistischen Landesamt, Postfach, 5427 Bad Ems, zum Preis von DM 12,50 bezogen werden. er

Themen der letzten Hefte

Heft 7/Juli 1981

Zehn Jahre Krankenhausautomation
Studenten 1980/81
Haushalte und Familien 1980
Straßenverkehrsunfälle 1975 bis 1980
Baulandmarkt 1976 bis 1980

Heft 8/August 1981

Ausbildungsplätze 1981
Bevölkerung 1980
Ernteaussichten für 1981
Struktur der Weinbaubetriebe 1979
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
1978 bis 1980
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980

Heft 9/September 1981

Behinderte 1980
Wohngeldempfänger 1980
Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1978
Das vermögenssteuerpflichtige Vermögen und seine
Besteuerung

Heft 10/Okttober 1981

Medizinische Informatik - ein neues Tätigkeitsfeld der
Statistik
Weiterbildung 1980
Entwicklung der Rebsorten 1964 - 1979
Ausbau der Kanalisierung 1963 - 1979
Technischer Wandel in der Bauproduktion

Heft 11/November 1981

Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik
Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980
Wachstumsbranche Straßenfahrzeugbau
Kaufkraft der D-Mark im Ausland
Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980
Auszubildende 1980

Heft 12/Dezember 1981

Wirtschaftliche Entwicklung 1981
Neue Verfahren in der Schulstatistik
Personalkosten im produzierenden Gewerbe 1978
Wohnungsmarktsituation
Schaumweinindustrie

Heft 1/Januar 1982

Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel,
bei Banken und Versicherungen 1978
Die Bundespost als Arbeitgeber
Kapazität der Campingplätze 1981
Regionale Entwicklung der Einzelhandelsunternehmen
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1981
Selbstmorde 1971 bis 1980

Heft 2/Februar 1982

Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen
Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften
Insolvenzen 1975 bis 1981
Die Bedeutung der Erbschaftsteuer im Steuersystem
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1981

Heft 3/März 1982

Rationalisierung der Statistik und Entlastung der Bürger
Saisonale Entwicklung der Beschäftigten 1976 bis 1980
Kapazität der größeren Fremdenverkehrsbetriebe 1981
Neue Methoden zur Programmentwicklung und Wartung in
der Automatischen Datenverarbeitung

Heft 4/April 1982

Ausländer in Rheinland-Pfalz
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1981
Energiepreise 1981
Straffälligkeit 1971 bis 1980
Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform 1977

Heft 5/Mai 1982

Entwicklung des Sozialprodukts 1970 bis 1981
Außenhandel mit Argentinien
Wohnungsbau und Bauwirtschaft 1981
Industrie der Steine und Erden
Gastgewerbe 1979/80

Heft 6/Juni 1982

Volkszählung 1983
Geburtsgewicht und Körperlänge von Neugeborenen
Analyse und Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk 1971 bis 1981
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1970 bis 1980

Themen der folgenden Hefte

Baulandmarkt und Baupreise 1981
Verbraucherpreise für Heizöl 1960 bis 1982
Ernteaussichten 1982
Privatzimmervermieter und kleine
Beherbergungsbetriebe
ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt
Strukturierte Programmierung
Umsätze der gewerblichen Wirtschaft

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 30,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet. ISSN 0174-2914.